

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando... wöchentlich 30 Hg. frei ins Haus... Einzelne Nummer 5 Hg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Hg. Postabonnements: 1,30 Mark pro Monat... Unter Anzeigeband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat... Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhalten täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verzweiger: Amt Mariplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 1. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verzweiger: Amt Mariplatz, Nr. 151 90-151 97.

Reich, schaffe Recht!

Von Philipp Scheidemann.

Der Verfassungsausschuss wird am 3. Juli seine Arbeiten wieder aufnehmen. Was er bisher geleistet hat, ist von der reaktionären Presse als ultra-demokratische Umstürzerei ausgeführt worden, war aber im Grunde genommen wirklich nur sehr bescheiden.

Ein Parlament, das sich seiner Macht bewußt ist und den Willen hat, sie auszuüben, würde auch durchkommen ohne alle die Venderungen und Neuerungen, von denen man zur Stunde nicht einmal weiß, wie weit die Verbündeten Regierungen gewillt sind, sie gutzuheißen. Bescheidenheit in politischen Dingen imponiert niemandem, am allerwenigsten denen, die sie selbst nicht besitzen. Auch den Regierungsvertretern, die sich im Verfassungsausschuss bisher statt als Führer nur als Premier betätigt haben, wird diese müßige Tätigkeit wesentlich erleichtert, wenn man nicht Wollwusch einsetzt.

So hoch oder so niedrig man indes einschätzen mag, was der Verfassungsausschuss bisher beschlossen hat, sicher ist, daß es in keiner Weise verglichen werden kann mit der Bedeutung der großen Frage, die jetzt zur Entscheidung steht: der Wahlrechtsfrage.

Das wichtigste Problem ist die Wahlrechtsfrage in Preußen. Sie ist die Zentralfrage der deutschen Reichspolitik. Das Ja oder Nein in dieser Frage kann von Bedeutung sein für die Dauer des Krieges, es ist auf alle Fälle entscheidend für die ganze Zukunft des Reiches. Es ist überflüssig, auch nur noch ein Wort über das am besten von Bismarck gekennzeichnete Preußen-Wahlrecht zu sagen, dessen Venderung oder Beseitigung uns nun schon oft genug — versprochen worden ist. Ueber die politische Gemeingefährlichkeit des dadurch entstandenen und scheinbar niemals endenwollenden Schwebzustandes soll sich niemand täuschen.

Wie können wir am schnellsten in Preußen, Sachsen, Mecklenburg usw. zur notwendigen Rechtsgleichheit der Staatsbürger kommen? Es gibt der Wege mehrere. Die offenen Gegner der Rechtsgleichheit wollen „Reformen“ nur durch die zukünftigen Parlamente selbst zustehen. Sie wollen die politische Münchhausenstude: sie muten dem Massenparlament zu, daß es sich am eigenen Schopfe aus dem Privilegienstumpfe herausziehe. Die offene Dreistigkeit dieser Wahlrechtsgegner ist freilich noch immer wesentlich sympathischer als das Gerede derer, die sich den Anschein geben, als wollten sie mitmachen, die aber im Innern sehnlich wünschen, daß es bei einigen Reparaturarbeiten bleibt, die deshalb vom Eingreifen in die Rechte der Einzelstaaten reden, wenn man die gründliche Reform durch den Reichstag verlangt.

Darüber soll man sich doch klar sein: entweder ist es ernst mit der Wahrung des Rechts der Einzelparlamente, und dann bleibt alles beim alten, oder aber die Beseitigung der Klassenwahlrechte wird durchgeführt, und dann war die Wahrung jener einzelstaatlichen Rechte doch eben nur Schein. Glaubt denn jemand, daß das Massenparlament die Klassenrechte beseitigen wird aus eigenem Antrieb und aus eigener Erkenntnis? Nein, das tut es nicht früher, als bis es dazu gezwungen ist. Dieser Zwang kann von verschiedenen Faktoren ausgeübt werden: von der Krone, von der Straße, unter Umständen von beiden zugleich. Die Osterbotschaft bedeutet entweder für den preussischen Landtag die Aufhebung seiner Entschlußfreiheit oder sie bedeutet überhaupt nichts, rein gar nichts!

Ist es übrigens wahr, daß die Osterbotschaft, wie man vielfach erzählt hört, ursprünglich das Versprechen des gleichen Wahlrechts enthielt, und daß man dann — als von bestimmter Seite Bedenken erhoben wurden — dieses eindeutige Versprechen durch die deutlichere Formel ersetzt hat, für ein Klassenwahlrecht sei kein Raum mehr? —

Der zweite Weg geht über den Reichstag. Der Reichstag soll bestimmen, daß alle Bundesstaaten Volksvertretungen haben müssen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu wählen sind. Also was der Reichstag für Elsaß-Lothringen geschaffen hat, soll er für alle Bundesstaaten sichern. Dieser Weg ist der gerade, der am schnellsten zum Ziele führen kann.

Natürlich würde es auch im Reichstag um die uns absolut selbstverständliche Forderung der Rechtsgleichheit Kämpfe geben. Aber damit wäre die Sache doch mit einem Schlag für das ganze Reichsgebiet, für alle Bundesstaaten erledigt, und der Bankappell wäre beseitigt. Mit dem einheitlichen und einfachen Verfahren über das Reich vergleiche man die Wege, die durch den preussischen Landtag, die Mecklenburger Stände usw. führen. Ueberall heftige, erbitterte Kämpfe, nirgends ohne die schwersten Konflikte Hoffnung auf ein befriedigendes Resultat!

Der dritte Weg ist die Oktroierung. Das jetzige Wahlrecht in Preußen entbehrt der gesetzlichen Grundlage. Es ist selbst oktroiiert worden. Am 8. April 1848 wurde auf gesetzlichem Wege jedem 24jährigen Preußen das gleiche, wenn auch nur indirekte Wahlrecht eingeräumt. Bereits am 6. Dezember 1848 verschlechterte die Regierung durch Verfügung eigenmächtig dieses Recht, indem sie es nur

den „selbständigen“ Preußen ließ. Am 30. Mai 1849 aber oktroiierte die Regierung das Dreiklassenwahlrecht. Wenn also jetzt die Regierung die Verfügungen vom 6. Dezember 1848 und vom 30. Mai 1849 aufheben würde, so bestände in Preußen das gleiche Wahlrecht wieder zu Recht. Wir Sozialdemokraten sind keine Befürworter von Gewaltmaßnahmen, weil wir, um mit Friedrich Engels zu reden, bei der Gerechtigkeit am besten gedeihen. Aber wenn die Regierung die vor nahezu 70 Jahren begangenen Sünden jetzt gutmachen und es dem dann auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten nächsten Landtag überlassen will, sich ein modernes Wahlverfahren zu schaffen, so brauchte sie von unserer Seite auf Widerstand nicht zu rechnen.

Der beste Weg, weil er für alle Bundesstaaten gleiches Recht schaffen könnte, ist und bleibt der an zweiter Stelle genannte, der durch den Reichstag führt. Ob dieser Weg beschritten werden soll, muß sich in den nächsten Tagen zeigen. Vom Verfassungsausschuss wird es abhängen, ob die Wahlrechtsfrage in kurzer Zeit befriedigend gelöst wird oder ob alle Teile des Reiches wieder und wieder aufgewühlt werden sollen durch den Kampf um die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit. Auch die Regierungen sollten ein Interesse daran haben, die Wahlrechtsfrage durch den Reichstag rasch und gründlich zum Abschluß zu bringen. Sie sollten sich klar darüber sein, daß nach dem Kriege keine Frage der inneren Politik im Reiche verhandelt werden kann, ohne daß die Wahlrechtsfrage mit verhandelt wird. Unendlich erbitterte Kämpfe können erspart, viel Kraft und fleißige Mitarbeit für notwendige Kulturarbeit kann gewonnen werden, wenn die Wahlrechtsfrage durch den Reichstag erledigt wird. Die Rechtsgleichheit bei den Wahlen muß und wird ja dem Volke doch eingeräumt werden — es ist nicht daran zu denken, daß der Krieg zu Ende geht oder daß es lange nach seiner Beendigung dauert, bis das wichtigste innere Kriegsziel, die Demokratisierung des deutschen Staatswesens, auf diesem oder jenem Wege erreicht wird.

Der Verfassungsausschuss und der Reichstag sollten nicht verkennen, daß es die vornehmste Aufgabe des Reiches ist, seinen Bürgern Recht zu schaffen, sie vor Unrecht und Rechtlosigkeit zu schützen. Verlagt sich hier die Reichsgesetzgebung dem Volke, das seinen Schutz und seine Hilfe anruft, so muß daraus eine Stimmung entstehen, die gerade jetzt am allerwenigsten gewünscht werden kann. Der Verfassungsausschuss steht also vor einer Entscheidung von nicht abzusehender Tragweite. Keine Partei wird vor Volk und Geschichte die Verantwortung für einen enttäuschenden und verbitternden Beschluß zu tragen imstande sein.

Neue Kriegsrede Lloyd Georges.

Falsche Auslegung der deutschen Friedensbestrebungen.

Nach einer Neuermeldung hielt Lloyd George in Glasgow eine Rede, die in einzelnen ihrer Partien recht bemerkenswert ist. Daß der englische Premier die Kriegslage als günstig schilderte und von den U-Booten sagte, sie könnten — unter Umständen — nicht mehr bedeuten als die Zepeline, ist selbstverständlich. Interessanter ist schon, was er über die russische Revolution sagte:

Ohne Zweifel machen uns im Augenblick die inneren Störungen in Rußland zu schaffen. So segensreich die russische Revolution zweifellos ist, so groß ihr Ergebnis in diesem Jahre und mehr noch für später ist, hat sie doch zweifellos die Wirkung gehabt, den völligen Sieg zu verzögern; aber sie hat ihn zugleich sicherer denn je gemacht (Weißfall), und was noch wichtiger ist, sie hat den Wert des Sieges, den wir erringen werden, sicherer denn je gemacht.

Vieler Herzen waren von banger Sorge erfüllt bei dem Gedanken an eine Friedenskonferenz zur Regelung der Zukunft der Demokratie unter Teilnahme von Vertretern der reaktionärsten Autokratie der Welt. Rußland ist jetzt ohne Fesseln und frei. Seine Vertreter auf der Friedenskonferenz werden Vertreter eines freien Volkes sein, das für die Freiheit und Zukunft der Demokratie streitet.

Inzwischen haben Frankreich, Italien und wir einen größeren Anteil der Bürde zu tragen gehabt. Nur unsere Anstrengungen haben verhütet, daß eine Katastrophe die Demokratie der Welt verfallungen hat. Die Kraft Britanniens, die in die Lücke geworfen worden ist, hat noch einmal Europa die Freiheit gerettet.

Dann kam Lloyd George auf die Friedensfrage zu sprechen und sagte:

Dieser Krieg wird zu Ende sein, wenn die Alliierten das Ziel erreicht haben, das sie sich gestellt haben, als sie die Herausforderung, die Deutschland der Zivilisation zuschleuberte, annahmen. Aber wenn er nur um eine Stunde früher beendet würde, so wäre dies das größte Unglück, das je über die Menschheit gekommen ist. (Weißfall.) Man sagt, das Volk in Deutschland sei bereit, und Genugtuung und Frieden zu geben. Zweifellos können wir jetzt für einen gewissen Preis Frieden haben, denn Deutschland braucht Frieden, aber das ist ein Friede, der Deutschland die wirtschaftliche und sonstige Aufsicht über die Länder geben würde, die es besetzt hat.

Lloyd George weiß, daß die Kriegsstimmung in England gebrochen ist, wenn das Volk erfährt, daß Deutschland bereit

ist, der Bevölkerung der besetzten Gebiete am Tag des Friedensschlusses ihre volle Freiheit wiederzugeben. Zweifellos wird das geschehen. Aber wäre von der deutschen Regierung klar gesagt worden, daß es geschehen soll, so würde sich die Friedensstimmung in England schon längst viel stärker geltend gemacht haben.

Lloyd George kam dann auf die Fragen der Demokratie zu der er ausführte:

Für einen dauernden Frieden liegt die Gewähr in der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Die beste Gewähr würde die Demokratisierung der deutschen Regierung sein. Niemand will den Deutschen die Art ihrer Regierung vorschreiben, aber wir würden mit einem demokratisierten Deutschland in ganz anderem Geist, Haltung und Gesinnung in Unterhandlungen eintreten als mit einem, das von dem angriffslustigen und anmaßenden Geist des preussischen Militarismus beherrscht wird, und die Regierungen der Alliierten würden klug handeln, wenn sie diese Unterscheidung in ihrer allgemeinen Haltung in jeder Erörterung über Friedensbedingungen vornehmen würden.

Der englische Ministerpräsident verläßt sich hier ganz auf die Macht der preussischen Reaktion, von der er hofft, daß sie eine rechtzeitige Demokratisierung Deutschlands verhindern wird. Sonst würde er um das schönste und am vollsten tönende Kriegsargument gebracht sein.

Von den deutschen Kolonien sagte er, ihre Einwohner sollten selbst bestimmen, von wem sie regiert sein wollten. Mesopotamien und Armenien müßten der türkischen Miswirtschaft entzogen werden.

Hier hinterläßt der annexionistische Pferdefuß in der demokratischen Phrasologie dentliche Spuren.

Stockholm.

Ein Memorandum der tschechoslawischen Sozialdemokratie.

Stockholm, 28. Juni. Das holländisch-standinawische Komitee verhandelte Dienstag, den 26., und Mittwoch, den 27. Juni 1917 mit der Delegation der Tschechoslawischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, vertreten durch Habermann, Nemec und Smeral (Mitglieder des österreichischen Abgeordnetenhauses). Die Verhandlungen beschäftigten sich hauptsächlich mit der sozialistischen Aktion zur Erzielung eines allgemeinen Friedens und mit den nationalen Fragen Oesterreich-Ungarns und Europas.

Die Friedensaktion.

Was die jetzige Friedensaktion betrifft, begrüßte die Delegation diesen ersten Versuch der sozialistischen Internationale, die Verhandlungen der brennenden Fragen, die zu dem fürchterlichen Weltkriege führten und welche ihn verlängern, aus dem Dunkel der geheimen Diplomatie vor das öffentliche Forum der Demokratie zu bringen. Die Tschechoslawische Sozialdemokratie ist überzeugt, daß die kapitalistischen Regierungen, welche die Verantwortung für das Ausbrechen des heutigen Weltkrieges tragen, nicht mehr imstande sind, seinen Gang vollständig zu beherrschen und eventuell ihn einzustellen.

Die Delegation überschätzt keineswegs die Kraft des Sozialismus im Verhältnis zu den durch den Krieg entfestelten mechanischen Kräften. Sie ist jedoch überzeugt, daß die Aktion der sozialistischen Internationale, der heute einzig fruchtbar erscheinende Versuch ist, jetzt einen Ausweg zum Frieden zu finden. Sollte sich dieser Versuch infolge der großen Schwierigkeiten, mit denen er natürlich zu rechnen hat, als ungangbar erweisen, dann entsteht die Gefahr, daß der Krieg beinahe unabsehbar verlängert und erst mit Erschöpfung, Enkräftung und Verblutung ganz Europas und aller seiner Völker beendet wird.

Aus diesem Grunde spricht sich die Tschechoslawische Sozialdemokratie dahin aus, daß die Kontinuität der von dem holländisch-standinawischen Komitee veranstalteten und gemeinsam mit dem Sekretariat des Internationalen Bureaus geführten Aktion um keinen Preis zu unterbrechen sei. Die Delegierten der Tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei bitten besonders die russischen Genossen, sie mögen ebensicher eine Verschmelzung der Initiative des holländisch-standinawischen Komitees und des später aufkommenen Antrages aus Petersburg zu einer einheitlichen Aktion für den Frieden verwirklichen, und zwar, wie sie ausdrücklich betonten, nicht zu einem Teilweisen, sondern zu einem allgemeinen Frieden; zu einem Frieden auf Grundlage der von ihnen stipulierten Prinzipien: ohne Annexionen, ohne Kriegsentfälschungen und mit der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes aller Nationen.

Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Die Delegierten der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind sich dessen bewußt, daß der von den durch imperialistisch-kapitalistische Tendenzen geführten Regierungen hervorgerufene Krieg nur dann mit einem baldigen Frieden beendet werden kann, wenn in allen an dem Kriege beteiligten Staaten der ernste Wille und eine gewisse Sicherheit vorhanden ist, die Prinzipien einer vollständigen Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation durchzuführen. Die in der Konstruktion der europäischen Staaten möglichst weitgehende Durchführung der Prinzipien der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen halten wir auch für eine der wichtigsten Bedin-

ungen für die Dauerhaftigkeit des künftigen Friedens.

In Konsequenz dieses Prinzips ist es notwendig, jeder Nation das Recht zuzusprechen, sich als ein geeinigtes, selbständiges Ganzes, ausgerüstet mit allen Attributen einer vollständigen staatlichen Unabhängigkeit, zu konstituieren.

In jenen Fällen, wo dieses ideale Ziel in den heutigen geschichtlichen Zeitpunkten nicht erreichbar ist, und wo aus politischen, wirtschaftlichen oder aus Gründen der noch nicht beendeten geschichtlichen Entwicklung es notwendig ist, mit mehreren Nationen umfassenden Staatsformationen zu rechnen, ist es unerlässlich, das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts für jede Nation im Rahmen dieser Staaten im weitestgehenden Sinne durchzuführen. Wir erklären ausdrücklich, daß wir mit der Ansicht der Delegation der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs nicht übereinstimmen, daß dazu eine bloße Autonomie für nationale, kulturelle Angelegenheiten genügen würde. Jedes Recht schwebt in der Luft, wenn es sich nicht auf wirkliche wirtschaftliche und politische Macht stützen kann. Deswegen müssen die aus mehreren Nationen bestehenden Staaten so organisiert werden, daß sie jeder ihrer Nationen jenen gerechten Anteil derjenigen Macht zugestehen, welche in den Staatsfunktionen zum Ausdruck gelangt.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, diese mehrere Nationen umfassenden Staaten in föderativen Verbänden selbständiger nationaler Staaten umzuwandeln, zweitens ist es notwendig, daß sie alle ihre Einrichtungen auf der vollständigen Demokratie begründen, die neben dem föderativen Verfassungsaufbau den zweiten Weg bedeutet, auf welchen jede Nation einen ihr zustehenden Anteil an der Macht haben könnte. Diese Form der Staatsorganisation betrachten wir in dem jetzigen Stadium der geschichtlichen Entwicklung nicht nur für Oesterreich-Ungarn, sondern auch für den Osten und Südosten Europas als angemessen.

Der selbständige tschechische Staat.

Ausgehend von diesen prinzipiellen Gesichtspunkten, fordern wir für unsere tschechische Nation die Errichtung eines selbständigen tschechischen Staates im Rahmen des föderativ ausgebauten Donau-Veranstaltens. Wir fordern, daß in diesem Bundesstaate alle Angehörigen der tschechischen Nation, soweit sie geschlossen ein zusammenhängendes Territorium bewohnen, ihre politische Vereinigung erlangen, also auch die Slowaken. Wir fordern für diesen tschechischen Staat alle Attribute der Souveränität, auf die ein Bundesstaat Anspruch erheben kann und dessen Grenzen nur durch das, was das Gesamtreich zur Führung einer einheitlichen auswärtigen Politik, zu seiner Verteidigung und zur Sicherung seiner notwendigsten wirtschaftlichen und finanziellen Funktionen benötigt, gezogen sind, also auch eine eigene nationale Vertretung und eine dieser verantwortliche vollziehende Gewalt.

Die Selbständigkeit eines Bundesstaates im Rahmen des Reiches, die wir für unsere Nation fordern, betrachten wir selbstverständlich auch als ein Anrecht aller übrigen Nationen.

Polen, Ukraina und Finnland.

Wie das Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts in den Details für die Nationen Rußlands und des Balkans durchgeführt werden soll, darüber zu urteilen, halten wir die Delegationen der Parteien dieser Nationen für kompetent. Nur im Großen und Ganzen meinen wir, daß für die Nationen in Rußland in dem heutigen Stadium der geschichtlichen Entwicklung ein ähnlicher föderativer Umbau der Verfassung im Rahmen des Reiches, wie wir es für die Nationen in Oesterreich-Ungarn beantragten, zweckdienlich ist.

Ueber zwei Nationen, die Finnen und Polen wollen wir noch einiges bemerken.

Wie für Böhmen, fordern wir für Finnland das volle Selbstbestimmungsrecht. Aber sowie wir eine Verbindung von Böhmen mit den anderen Völkern Oesterreichs annehmen können, meinen wir auch, daß eine neue Verbindung eines selbständigen Finnlands mit der demokratischen russischen Republik auf dem Wege der Realpolitik liegen kann.

Was die Polen betrifft, erkennen wir ihre Einheits- und Selbstständigkeitsbestrebungen selbstverständlich an. Hierbei halten wir es aber für notwendig, ausdrücklich zu betonen, daß wir für eine angemessene Grundlage der polnischen Selbständigkeit alle von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete erachten, so daß eine Kollision mit dem Ansprüche der Ukrainer auf ihr Selbstbestimmungsrecht nicht erwache.

So wie wir in Oesterreich-Ungarn und in Rußland für die nächste Zeit die Entwicklung zur innerstaatlichen Föderalisation als akut betrachten, so sehen wir voraus, daß in den kleinen Balkanstaaten ein Prozeß der organischen Annäherung entstehen wird, dessen Ziel der durch das nationale Programm der süd-slawischen Sozialdemokratie gesteckte Plan einer föderativen Balkanrepublik ist.

Serbien und Belgien.

Aus wichtigen besonderen Gründen, infolge der Situation, in welcher sich Serbien während des jetzigen Krieges befand, und insbesondere mit Berücksichtigung dessen, daß es sich jetzt hauptsächlich um die Bedingungen für die rasche Errichtung des Friedens handelt, sind wir der Ansicht, daß Serbien aufgerichtet werde. Es soll ihm ein freier Zugang zum Meere geschaffen und die notwendige Handelspolitik ihm gewährt werden. Die Sicherung eines freien Zuganges zum Meere für Serbien halten wir als um so notwendiger und zugleich als um so möglicher, wenn die serbische Frage in Verbindung mit der montenegrinischen gelöst werden wird.

Für Belgien fordern wir völlige Unabhängigkeit und völlige Wiederherstellung als Einlösung des Versprechens des Reichskanzlers im Namen des Deutschen Reiches.

Elsass-Lothringen.

Die elsass-lothringische Frage betrachten wir in dieser jetzigen kriegerischen Situation als eine der brennendsten. Zu ihrer Lösung wäre allerdings der beste Weg das Einverständnis zwischen den deutschen und französischen Genossen. In unseren Reihen wurde die Ansicht ausgesprochen, ob der Friede nicht durch ein Plebiszit a posteriori rascher zustande kommen könnte, und zwar in dem Sinne, daß vorläufig der status quo belassen würde, durch den Friedensvertrag aber festgesetzt werden sollte, daß nach einem bestimmten Termin und unter Garantie (unter Mithilfe der Neutralen) eine allgemeine Volksabstimmung stattfinden sollte, die für die künftigen Beside des Landes entscheidend wäre.

Internationale Garantien des künftigen nationalen Rechtes Europas.

Alle diese Fragen der künftigen nationalen Ausgestaltung Europas, über die wir gesprochen haben, die Durchführung des Prinzips des nationalen Selbstbestimmungsrechtes in Oesterreich-Ungarn durch eine Umwandlung in einen föderativen Verband von

Englischer Einzelvorstoß bei Armentières — Deutsche Vorstöße bei Corbent, Cerny und an der Maashöhe 304 — Starkes russisches Feuer in Ostgalizien und bei Luck — Russische Nachtangriffe bei Koniuich.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 30. Juni 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kampftätigkeit der Artillerie hielt sich bei regnerischer Witterung in mäßigen Grenzen. Sie verdichtete sich zu starkem Feuer nur an wenigen Stellen. Nachmittags brach eine englische Kompanie, begleitet von tieffliegenden Flugzeugen, südlich von Armentières in unsere Gräben, sie wurde im Gegenstoß sofort wieder geworfen. Nachts sind mehrfach feindliche Erkundungstrupps zurückgewiesen worden. Eigene Vorstöße an der Hjer und nordwestlich von St. Quentin brachten mehrere Belgier und Franzosen als Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Gestern früh wurde von bayerischen Truppen nach wirkungsvoller Feuertvorbereitung eine gewaltsame Erkundung südlich von Corbent durchgeführt. Die Stoßtrupp drangen in 1200 Meter Breite bis zu den hinteren französischen Linien durch und sprengten trotz starker Gegenwehr einige Unterstände. Mit einer größeren Zahl von Gefangenen kehrten sie unbelästigt vom Feinde in ihre Gräben zurück.

Abends erweiterten westfälische Regimenter den Erfolg vom Vortage östlich von Cerny. In überraschendem Sturm nahmen sie mehrere feindliche Grabenlinien südlich des Gehöftes La Bouette. Die Gefangenenzahl hat sich bedeutend erhöht.

Gleichzeitig griffen die Franzosen zweimal mit starken Kräften bei Cerny an; sie wurden im Nahkampf zurückgeschlagen.

Auch auf dem Westufer der Waas wurde der Gewinn des 28. 6. vergrößert. Am Osthang der Höhe 304 schürte ein polenisches Regiment etwa 500 Meter der französischen Stellung und bemächtigte sich aus Brandenburgern und Berlinern bestehende Sturmabteilungen feindlicher Gräben in dem von Bethincourt auf Ebnés streichenden Grunde. Am 28. und 29. 6. sind hier 825 Gefangene zurückgeführt worden. Der Feind leistete hartnäckigen Widerstand; seine blutigen Verluste sind erheblich. Er vergrößerte sie noch durch fruchtlose Gegenangriffe am Südostende des Waldes von Roscourt und gegen den Südwesthang der Höhe 304.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Wesentliches.

Bundesstaaten, von denen einer der von uns geforderte tschechische Staat ist, die Lösung der nationalen Probleme im Osten und Südosten Europas, die Fragen Polens, Serbiens und Belgiens sind vom Standpunkte eines dauernden Friedens so wichtig, ihre Lösung ist zugleich so beschwerlich, und aus eigener Kraft eines einzelnen Staates geradezu unmöglich, daß wir gezwungen sind, zu fordern, daß sich mit ihnen allen das internationale Forum, die künftige Friedenskonferenz, befasse, und daß auch ihre Durchführung sowie die Durchführung der demokratischen und der Verfassungsprinzipien unter der Sanktion des internationalen Rechtes gestellt werden. Wir erheben deswegen die Forderung, daß auf der zukünftigen Friedenskonferenz mit der Formulierung der Fragen des Rechtes der Nationen und der Nationalitäten für alle Fälle, wo die Nation noch nicht eine solche Entwicklungsstufe erreicht hat, um sich selbständig als politische Einheit durchzusetzen, und wo es notwendig ist, ihr der weitere freie Entwicklungsgang garantiert wird. Für diese Nationen ist eine minimale Stufe ihres Rechtes, die ihnen die volle Möglichkeit und das Recht auf Schulbildung in der Muttersprache, ein durch nichts beeinträchtigtes Ausleben und die gleichberechtigte Geltendmachung auf allen Lebensgebieten, sowohl in kultureller, politischer, als auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, in der Familie, Schule, in den Kammern und Gerichten, in der Autonomie, sowie in der Gesetzgebung, überhaupt in allen öffentlichen und privaten Institutionen zu verbürgen.

Wir schließen uns weiter der Forderung des ukrainischen Delegierten an, daß bei dem zu errichtenden internationalen Schiedsgerichte ein besonderer Ausschuss zum Schutze der Rechte der Nationen errichtet wird. Jeder Nation, die sich in ihren Rechten durch eine andere Nation oder den Staat, dem sie angehört, beeinträchtigt fühlt, steht das Recht zu, diesem Ausschuss ihre Beschwerden vorzulegen und die Internationale Intervention anzusuchen.

Die übrigen Fragen.

Soweit es sich um andere auf der Konferenz besprochene Fragen handelt, sind es insbesondere die Fragen der künftigen internationalen Rechtsordnung, der allgemeinen Abstützung, der Errichtung der internationalen Schiedsgerichte, der Freiheit der Meere, der Ablehnung des allgemeinen wirtschaftlichen Kampfes nach dem Arge, sowie die wirtschaftlichen und politischen Fragen. Schließt sich die tschechische Delegation den Anregungen aus früheren Konferenzen des Komitees mit den Vertretern anderer Nationen an. Habermann. Kamec. Smeral.

Die „Unabhängigen“ für Zimmerwald.

Stockholm, 29. Juni. (Fig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Eine heute spät abend ausgegebene Mitteilung über die Verhandlungen der „Unabhängigen“ mit dem holländisch-standinawischen Komitee läßt erkennen, daß die „Unabhängigen“ eine deutsche Wendung zum Zimmerwalder Programm vollzogen haben. Sie haben sich in den Verhandlungen gegen die Haltung der deutschen Sozialdemokratie in der Friedensfrage und gegen ihre Denkschrift erklärt. Ein ausführliches Memorandum über die Verhandlungen mit den „Unabhängigen“ soll am Montag herausgegeben werden.

Eine allgemeine Konferenz gilt hier vor August für ausgeschlossen. Frau Kalabanoff kommt hierher, um an Stelle Grimms die Leitung des Zimmerwalder Bulletin zu übernehmen.

Stockholm, 30. Juni. (Fig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Zum Memorandum der Unabhängigen erklärt uns Genosse Herm. Müller: Was die deutsche Sozialdemokratie für den Frieden seit Kriegsbeginn getan hat, ist niedergelegt in der dem holländisch-standinawischen Komitee überreichten Dokumentensammlung. Diese unansehnliche Weise trug Scheidemann auch dem Komitee vor. Auch der Besprechung der Schuldfrage wich die deutsche Delegation

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auf den wachsenden Druck der übrigen Ententemächte hin beginnt die russische Geschichtstätigkeit in Ostgalizien den Eindruck beabsichtigter Angriffe zu machen.

Starkes Zerschlagungsfeuer der Russen liegt seit gestern auf unseren Stellungen von der Bahn Lemberg—Brody bis zu den Höhen von Brzeczany. Bei Koniuich griffen nachts russische Kräfte an, die in unserem Vernichtungsfeuer verlustreich zurückzutreten.

Auch nördlich und nordwestlich von Luck nahm die russische Feuerstätigkeit erheblich zu.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenscn.

ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 30. Juni 1917, abends.

Im Westen bei Regen nichts Besonderes.

Im Osten haben nach starkem Feuer russische Infanterieangriffe von der oberen Strypa bis zum Westufer der Bista Lipa eingesetzt. Der Ansturm brach in unserem Vernichtungsfeuer zusammen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 30. Juni 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Das in Galizien seit einigen Tagen zunehmende feindliche Artilleriefeuer hat sich seit gestern mittag in der Gegend von Brzeczany und von Koniuich zur größten Heftigkeit gesteigert. Wo es die Lage erfordert, antwortet unsere Artillerie mit kräftigem Vernichtungsfeuer. Ein bei Koniuich angestellter Infanterieangriff brach in unserem Sperrfeuer zusammen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Feindliche Flieger warfen in der Nähe von Triest mehrere Bomben ab. Auf dem Monte Ortigara wurden bisher 12 erbeutete Gefäße eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

vor dem Komitee nicht aus, wenn sie auch stets die Auffassung vertrat, daß ihre Behandlung ungewöhnlich sei, weil sie auf der allgemeinen Konferenz mindestens wochenlange Debatten verursachen würde. Jeder Versuch, die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie zu verächtigen, muß daran scheitern, daß diese Friedensarbeit seit langem im Mittelpunkt öffentlicher Erörterungen Deutschlands steht. Daß in diesen Erörterungen immer wieder vom „Scheidemannfrieden“ gesprochen wird, zeigt schon, daß sich all diese Erörterungen an die von der deutschen sozialdemokratischen Partei tatsächlich geleistete Friedensarbeit anschließen. Im übrigen sind wir nach Stockholm gegangen, um Friedensarbeit zu leisten, nicht um den deutschen Parteifreie auch hier weiterzuführen. Frau Zieg ist hier eingetroffen. Die meisten Unabhängigen reisen heute ab, um an den Reichstagsverhandlungen teilzunehmen.

Freie Reise für die russischen Flüchtlinge in Stockholm.

Stockholm, 29. Juni. (Fig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Die unter Führung unseres Genossen Otto Lang-Zürich lebhier eingetroffenen heimkehrenden Russen können nunmehr ihre Reise fortsetzen, nachdem die provisorische Regierung die Erlaubnis dazu erteilt hat.

Ein deutscher Kurier und sein Gepäck. Deutsch-norwegischer Zwischenfall.

Von einer Angelegenheit, die die Presse des Auslandes schon seit Tagen lebhaft beschäftigt, gibt nunmehr die „Nordd. Allgem. Ztg.“ in folgender Form auch dem deutschen Publikum Nachricht:

Ein nach Norwegen entsandter deutscher Kurier ist kürzlich bei seinem Eintreffen in Kristiania von den norwegischen Behörden verhaftet worden. Sein mit amtlichen Siegeln versehenes Gepäck wurde durchsucht und, da sich darin Sprengmittel befanden,

mit Beschlag belegt. Auf Grund des Verdachts, daß die Sprengmittel in Norwegen Verwendung finden sollten, hat die norwegische Regierung ein gerichtliches Verfahren gegen den Kurier einleiten lassen.

Im Hinblick auf die völkerrechtlich gewährleistete Immunität der diplomatischen Kuriers legte die kaiserliche Regierung gegen die Festnahme des Kuriers Verwahrung bei der norwegischen Regierung ein und verlangte seine alsbaldige Freilassung. Dabei wurde die amtliche Erklärung abgegeben, daß eine Verwendung der Sprengmittel in Norwegen oder zum Nachteil norwegischer Interessen nicht beabsichtigt gewesen sei. Soweit das Verhalten des Kuriers zu Ausstellungen Anlaß gebe, insbesondere den norwegischen Gesetzen zumwiderlaufe, werde in Deutschland eingeschritten werden, wogegen ein Vorgehen gegen den Kurier in Norwegen nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zulässig sei. Die norwegische Regierung hat den Kurier inzwischen freigelassen.

Nach einer Meldung des norwegischen Telegrammbureaus hat der norwegische Minister des Äußern dem Storting eine kurze Mitteilung in der Angelegenheit gemacht; auch hat der hiesige norwegische Gesandte im Namen seiner Regierung gegen das Verhalten des Kuriers Verwahrung eingelegt. Die zuständigen deutschen Stellen haben eine amtliche Untersuchung angeordnet und es wird, soweit erforderlich, für Remedur gesorgt werden.

Daß der Vorfall im norwegischen Wille Deunruhigung hervorgerufen hat, ist mit Bedauern bemerkt worden. Demgegenüber kann nur nochmals mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß mit den Sprengstoffen keinerlei Unternehmen in Norwegen oder gegen norwegische Interessen geplant war.

Norwegen verlangt, wie wir der standinawischen Presse entnehmen, die Bestrafung der an diesem Vorfall schuldigen Personen.

Griechenland gegen den Vier- verband.

Abbruch der Beziehungen.

Der Zweck der Vergewaltigung der konstantinischen Regierung Griechenlands wird ohne langes Zögern erfüllt. Was sich die venezianische Sonderregierung in Saloniki dem Vierbund gegenüber leistete, wird auf das gesamte Griechenland übertragen. Der erste Schritt auf diesem Wege zur Kriegserklärung wird als geschehen mitgeteilt.

Die der Pariser „Temps“ am Freitag aus Athen meldet, hat die griechische Regierung ihrem Gesandten in der Schweiz zur Weitergabe an die Gesandtschaften in Berlin, Wien, Sofia und Konstantinopel Befehle übermittelt, durch die der Abbruch der Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei mitgeteilt wird. Eine Depesche der Agence Havas aus Athen vom 28. Juni bestätigt, daß die Regierung ihre diplomatischen Vertreter bei den Mittelmächten zurückberufen hat.

Der Anfang ist gemacht und das Ende wird sein, daß wieder ein Volk von der Entente auf die Schlachtbank gezogen wird.

Nachrichte für den 1. Dezember.

Athen, 29. Juni. (Havasmeldung.) Venizelos hat dem Könige ein Gesetz unterbreitet, das die Verfassung Artikel über die Unabsetzbarkeit der Richter und Staatsanwälte und andere sie betreffende Bestimmungen für ein Jahr außer Kraft setzt. Dies durch königlichen Erlass in Kraft zu setzende Gesetz soll dann der konstituierenden Versammlung vorgelegt werden.

Die Agence Havas fügt hinzu, dies sei eine Ausnahmeregel zu dem Zweck, das Ansehen der Justiz wieder herzustellen, das verloren gegangen sei, weil die Gerichtsbeamten den an den Ereignissen vom 1. Dezember 1918 Beteiligten Unterstützung gewährt hätten.

Wie immer in solchen Fällen, wird auch dieses Mandat, durch das Venizelos sein Regiment absolut sicherstellen will, auf eine Fälschung des Rechts und der Gerechtigkeit hinauslaufen. Hat der neue Herr von Griechenland erst die Richter, die seinem Willen gefällig sind, so werden die Strafaragraphen, die zur Erreichung der gewünschten Sicherheit etwa noch nötig sind, nicht ausbleiben. Die Kammer, deren Enderufung bevorsteht, wird sie ihm schon votieren.

Venizelos und Italien.

Lugani, 30. Juni. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Athen will Venizelos als erstes Programm die Beziehungen zu Italien behandeln. Deshalb hat er einen Ausschuss eingesetzt, um die Differenzen und die mögliche Lösung der Fragen zu prüfen.

Heute so und morgen so.

Zwischen Haiti und Elsass-Lothringen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: In Neuherungen des früheren haitianischen Geschäftsträgers in Berlin.

Ein Berner Telegramm teilt mit, daß die Pariser Zensur den Franzosen Neuherungen des früheren haitianischen Geschäftsträgers in Berlin vorenthalten hat, die sich mit der Möglichkeit einer Vertreibung für Elsass-Lothringen beschäftigen. Diefem Vorgehen der französischen Zensur mag man ein gewisses Stimungsinteresse beimessen. Im übrigen aber ist es herzlich gleichgültig, was der haitianische Diplomat über die für uns nicht existierende elass-lothringische Frage zu sagen weiß. Die „Kreuzzeitung“ hat ganz recht, wenn sie betont, daß wir an keinerlei Handel über Elsass-Lothringen denken. Zu dem Bestimmtheitsmaß, den ihr die Berner Meldung einflößt, liegt nicht der mindeste Grund vor.

(Es ist ein ästhetisches Vergnügen, zu sehen, wie das offiziöse Schiffelein im Spiel der Wellen herüber, hinüber schaukelt.)

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 29. Juni. Amtlich. Neuerdings sind von unseren Unterseebooten versenkt worden: 1. In den nördlichen Sperrgebieten

26 400 Br.-Reg.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 5000 Br.-Reg.-T., anscheinend von der P. and O.-Linie, sowie ein großer unbekannter, durch Perforator gesicherter Dampfer. Ein anderer versenkter Dampfer hatte Lebensmittel nach England geladen. 2. Im Mittelmeer

27 042 Br.-Reg.-T.

Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Cheltonian und der bewaffnete italienische Dampfer Montebello. Soweit bekannt geworden, befanden die versenkten Ladungen aus Kohle, Lebensmitteln und Holz.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 30. Juni. Amtlich. Im Atlantischen Ozean wurden durch eines unserer U-Boote neuerdings

36 000 Brutto-Registertonnen

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer Westankly (3795 Tonnen) mit Kriegsmaterial, Ostolan (2145 Tonnen) mit Stückgut, Camito (6611 Tonnen), Thistledhu (4026 Tonnen), ferner zwei große bewaffnete Dampfer, einer von ihnen vollbeladen mit Munition und ein unbekannter Dampfer von etwa 4500 Tonnen. Zwei der versenkten Segler hatten Del und Tabak geladen.

Nachtrag zu den U-Boots-Versenkungen. 2. Eines unserer Unterseeboote hat am 11. Juni im Mittelmeer einen unbekanntem englischen kleinen Kreuzer älteren Typs torpediert. Aufgejundene geräumerte Boote trugen am Bug den Buchstaben G.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Französischer Kreuzer vernichtet.

Paris, 30. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Der Kreuzer Kléber, der auf der Fahrt von Dakar nach Brest war, um außer Dienst gestellt zu werden, ist am 27. Juni vormittags auf der Höhe der Landspitze von St. Mathieu auf eine Mine geraten und untergegangen. 38 Mann werden vermisst, darunter drei Offiziere.

Der Kampf bei Cerny.

Französischer Heeresbericht vom 29. Juni nachmittags. Der Feind war über Nacht an der Linie-Cerny sehr tätig. Auf heftige Gegenwehr folgten sehr lebhaft Angriffe in der Gegend von Cerny, südlich von Corbeny und nordwestlich davon. Alle diese Versuche wurden durch Feuer gebrochen oder durch Gegen-

angriffe abgewiesen und unsere Stellungen gehalten. Der Kampf war besonders lebhaft in der Gegend von Cerny, wo die Feinde wiederholt an zwei verschiedenen Stellen unserer Front angriffen. Nordöstlich von dem Dorfe Cerny wurden feindliche Abteilungen, denen es gelungen war, in unserer ersten Linie Fuß zu fassen, durch kräftigen Gegenangriff unserer Truppen zurückgeworfen; der Feind ließ viele tote auf dem Plage und Gefangene in unseren Händen. Auf dem linken Maasufer folgte in der Gegend am Gehöfz von Avocourt in der Höhe 304 auf heftige Beschickung unserer Stellungen mit großkalibrigen Granaten gegen 6 Uhr 30 Minuten ein mächtiger deutscher Angriff, der von besonders ausgebildeten Sturmtruppen auf einer etwa zwei Kilometer breiten Front westlich von der Höhe 304 gemacht wurde; der Gewalt unseres Feuers gelang es, Unordnung unter die Angreifenden zu bringen, die an einigen Stellen unserer ersten Linie Fuß zu fassen vermochten. Ein weiterer Versuch des Feindes gegen unsere Stellungen östlich von der Höhe 304 heute früh gegen 3 Uhr 45 Minuten ist vollständig abgewiesen worden.

Vom 29. Juni abends. Nach dem blutigen Mißerfolg der letzten Nacht in der Gegend von Cerny unternahm der Feind neue Angriffe nordöstlich dieses Dorfes. Nach mehreren fruchtlosen Versuchen, die sie erste Verluste kosteten, glückte es den Deutschen, von neuem in Stellen der ersten Linie einzudringen, aus denen wir sie verjagt hatten. Südöstlich von Corbeny unternahm die Deutschen im Laufe derselben Nacht einen besonders heftigen Angriff. Der Feind hatte dort mehrere Bataillone eingesetzt, die durch besondere Sturmtruppen mitgeriffen wurden, die mehrmals einen vor- springenden Winkel unserer Linie beiderseits der Straße von Vaon nach Reims zu nehmen versuchten. Die Sturmwellen wurden durch unser Feuer gebrochen, konnten nicht in unsere Gräben dringen und mußten unter starken Verlusten zurückzuziehen. Auf dem linken Maasufer dauerte der heftige Artilleriekampf im Abschnitt der Höhe 304 und des Waldes von Avocourt fort. Am 29. Juni abends feuerte ein weittragendes deutsches Geschütz mehrere Granaten großen Kalibers in Richtung auf Dintrich ab.

Englischer Heeresbericht vom 29. Juni nachmittags. Wir griffen gestern nacht die vorderste feindliche Stellung auf einer Front von etwa 2000 Yards südlich von Oppy an und eroberten sie. Alle unsere Ziele wurden erreicht. Wir machten eine Anzahl Gefangene und nahmen Maschinengewehre. Wir fahren fort, auf breiter Front südlich des Sauchezflusses Boden zu gewinnen, und sind in Avion eingedrungen. Eine weitere Anzahl Gefangener wurde in diesem Gebiet gemacht, ferner sechs Maschinengewehre erbeutet. Ein feindlicher Stotrupp wurde in der Nacht nördlich von Chemy zurückgewiesen. Wir machten einen erfolgreichen Ueberfall auf die feindlichen Gräben südöstlich von Loos.

Die Angriffe in Ostgalizien.

Russischer Heeresbericht vom 26. Juni. (Verspätet eingetroffen.) In Richtung auf Broczow beim Dorfe Perpelinski versuchte eine starke feindliche Abteilung mit Hilfe von Artilleriekräften unsere Gräben zu nähern, wurde aber durch unser Gewehrfeuer vertrieben. Südlich von Brzezany beim Dorfe Swistelnitz drangen nach heftiger Artilleriebeschickung feindliche Infanterieabteilungen in Gräben der ersten Linie dreier unserer Kompagnien ein. Nachdem sie die Wachen getötet hatten, besetzten die Deutschen die Gräben, aber unser Gegenangriff zwang sie, in ihre Ausgangsgräben zurückzugehen. Die schwere feindliche Artillerie richtete heftiges Feuer gegen Medon, Polutjost, Rjabinin und Kotoff. Auf der übrigen Front Gewehrfeuer.

Vom 28. Juni. In Richtung auf Rowel, westlich von Kari- chyn, blieb der Feind eine Gaswolke ab, die dank des schwachen Windes sich auflöste, bevor sie unsere Gräben erreichte. Südlich von Brzezany griff der Feind nach heftigem Minenwerferfeuer in der Nacht zum 27. Juni einen unserer vordersten Gräben an. Nachdem sie die Verteidiger des Grabens mit Handgranaten überschüttet hatten, entzerrten sich die Deutschen unter Annahme von Gefangenen. Bei Kropotinski Schibalin legte der Feind heftiges Artillerie- feuer auf unsere Gräben.

Schwarzes Meer. Der Kreuzer Breslau, der sich seit elf Monaten nicht mehr im Schwarzen Meer gezeigt hatte, beschloß am 25. Juni unsere Funkstation sowie den Leuchtturm auf der Insel Phidonissi. Eine bewaffnete Abteilung landete dann auf der Insel und zerstörte ein Lager. Nach Beendigung der Unternehmung ver- schwand der Kreuzer, den unsere Schiffe verfolgten, im Bosporus.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der englische Lebensmittelkontrolleur hat die Ermächtigung zur Beschlagnahme der Vorräte jeder Handelsniederlassung sowie der Bauern und anderer Erzeuger erteilt. Die Preise beruhen auf den Erzeugungskosten mit einem vernünftigen Gewinn- zuschlag ohne Rücksicht auf die Marktpreise.

Die reguläre amerikanische Armee zählt jetzt, wie die Morning Post aus Washington erfährt, 250 000 Mann die Militia zählte 200 000, das Marinekorps 30 000, die Marine 120 000 Mann. Außerdem würden 40 000 Mann zu Offizieren ausgebildet und 11 Eisenbahnregimenter aufgestellt, zusammen 712 000 Mann gegen- über 327 000 Mann am 6. April.

Grüße des deutschen Volks an das englische.

Notwendige Aufklärung.

Im „Verl. Lokal-Anzeiger“ schildert ein Teilnehmer den letzten Lustangriff auf London und schreibt dazu:

In kurzer Reihenfolge drückte ich die Bombenbedel herunter und verfolgte gespannt die Bahn der „Grüße des deutschen Volkes an das englische“!

Ausgiebig sind sie, Schlag auf Schlag betonieren unten im Herzen Englands die schweren Bomben.

Es ist notwendig, dazu zu bemerken, daß der Verfasser jener Zeilen einen militärischen Befehl, jedoch keinerlei politische Mission des deutschen Volkes an das englische ausgeführt hat. Eine militärische Aktion, bei der leider auch Richtkämpfer, Frauen und Kinder, ums Leben gekommen sind, kann selbstverständlich nicht als Gruß des deutschen Volkes an das englische bezeichnet werden.

Die Obstkalamität.

Verordnung des Landesamts.

Das mit der Reichsstelle verbundene Landesamt für Gemüse und Obst erläßt für die preußischen Lande folgende Anordnung:

1. Der Absatz von Obst an den Verbrauchsstätten in der Erzeuger (Wirtschaftshöfe, Gärten, Baumplantagen) und in deren Nähe unmittelbar an Verbraucher (Großverbraucher und Kleinverbraucher) ist täglich nur in den Morgenstunden zwischen 6 und 8 Uhr gestattet. Auch dürfen innerhalb dieser Zeit an eine und dieselbe Person nicht mehr als zwei Pfund Obst abgegeben werden.

2. Desgleichen ist es in Ortsgemeinden (Städten und Landgemeinden) mit mehr als 10 000 Einwohnern verboten, im Kleinhandels- verkehr einschließlich des Handels im Umherziehen an eine und dieselbe Person innerhalb des gleichen Tages mehr als zwei Pfund Obst abzugeben.

3. Der Absatz an Obsthändler bleibt durch die vorstehenden Vorschriften unberührt. Jeder Obsthändler muß aber in der Lage sein, sich als solcher auszuweisen.

4. Die Vorstände der Kommunalverbände (Stadt- und Land- räte) sind beauftragt, für ihre Gebiete oder einzelne Teile Ausnahmen von den Vorschriften zu 1. und 2. zuzulassen, auch allgemein zu be-

stimmen, daß die zu 1. vorgesehene Verkaufszeit auf andere Tages- stunden verlegt und die zu 2. vorgesehene Höchstmenge für einzelne Obsthändler anderweit festgesetzt wird.

5. Mit Gefängnis bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. wird belegt, wer den vorstehenden Anordnungen zu- wider Obft absetzt oder erzwirbt.

6. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Plünderung von Lebensmitteläden in Düsseldorf.

Schwere Zuchthausstrafen.

Wolffs Bureau teilt mit: In Düsseldorf wurde am Donnerstag, den 28. Juni, eine Anzahl von Lebens- mitteläden durch Frauen und halbwüchsige Burschen geplündert. Die Beteiligung feindlicher Ausländer, Belgier und Russen, wurde dabei festgestellt. Eine größere Anzahl davon wurde verhaftet und sieht strenger Bestrafung entgegen. Das aus diesem Anlaß eingeleitete außerordentliche Kriegsgericht hat schon am 29. Juni fünfzehn Urteile, darunter bis zu sechs Jahren Zuchthaus, ausgesprochen.

Gewerkschaftliche Erfolge der Berliner Straßenbahner.

Ein Sieg der Frauen.

Eine massenhafte Besuche Versammlung von Angestellten der Großen Berliner im Gewerkschaftshause beschäftigte sich gestern abend mit den Ergebnissen von Verhandlungen, die vom Trans- portarbeiterverband unter Zuziehung einer Frauenkommission mit der Direktion der Straßenbahngesellschaft geführt wurden.

Den Bericht erstattete Rathmann, der ausführte, daß die bisherigen Lohnaufbesserungen im Verhältnis zur allgemeinen Teuerung mehr als bescheiden waren. Das fortgesetzte Steigen aller Lebensmittelpreise machte neue Verhandlungen notwendig, wobei sich die Frauen ganz ausgezeichnet bewährten. Die Direktion gab infolgedessen einen Betrag von drei Millionen Mark für Aufbesserungen frei. Ursprünglich sollte das Ausbittungspersonal 28 M. Zulage, das angestellte Personal 20 M. Zulage erhalten, schließlich wurde für die Angestellten eine Zulage von 25 M. durchgesetzt, was die Gesellschaft weitere 200 000 Mark kostet. Auch in der Frage der Ruhe- und Pensionen eine Besserung eintreten. Den abrechnenden Frauen soll umsonst Hilfe geleistet werden, damit wäre ein weiterer Mißstand abgeschafft. Die Direktion will sich die Verteilung von Lebensmitteln an- gelen sein lassen und beauftragt, daß die Lieferung von Dien- rößen an die Schaffnerinnen durch zwingende Umstände ins Stocken geraten ist.

Der Berichterstatter sagte schließlich, mehr habe sich nicht herausfinden lassen, da es zuviel Außenseiter gebe, besonders unter den Alten, die sich selber zurückhalten und lieber die Frauen vor sich stellen!

Bei Schluß des Abends dauerte die Versammlung fort.

Letzte Nachrichten.

Sturm in der französischen Kammer.

Basel, 30. Juni. In der französischen Kammer gelangten gestern die acht Interpellationen über die Schlagfertigkeit der Armeen zur Verhandlung. Präsident Dejean teilte sofort nach ihrer Verlesung mit, daß ein Antrag auf Geheimverhandlung eingebracht worden sei. Die ganze Linke protestierte. Der Präsident forderte diejenigen, die für die Geheimverhandlung seien, auf, die Hand zu erheben. Die Linke bestritt, daß die Weisheit die Hand erhoben habe. Der Präsident läßt durch Erheben von den Seiten abstimmen und das Ergebnis ist ebenfalls zweifelhaft. Nach Ansicht der Zeitungsberichterstattung ist die Mehrheit gegen die Geheimverhandlungen. Die ganze Linke erhob lebhaften Widerspruch gegen eine neue Abstimmung. Während des Lärmes erhoben sich auch die Minister von ihren Plätzen, um die Anhänger für die Geheimverhandlungen zu verstärken. Der Präsident erklärt schließlich, daß die Geheimverhandlungen angenommen sei. Lärm und Pulsbedeckelklappen auf der gesamten Linke. Der Prä- sident läßt die Tribünen räumen und die Geheimverhandlung beginnt.

Lloyd George über Belgien.

London, 30. Juni. (Neuermeldung.) In seiner gestrigen Rede in Glasgow sagte Lloyd George, als er über den Grundfand der Schlußhaltungen sprach: Man erzählt uns, daß Deutschland, wenn wir jetzt Frieden schließen wollen, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherstellen würde. Aber wer sagt das? Kein deutscher Staatsmann hat jemals so etwas gesagt. Der Reichskanzler ist beinahe so weit gegangen, das zu sagen.

Aber die Junker sind über ihn hergefallen.

Er sagte: Wir wollen Belgien wiederherstellen, aber es muß einen Teil des wirtschaftlichen Systems Deutschlands, der militärischen und maritimen Verteidigung Deutschlands bilden. Das ist keine Unabhängigkeit, das ist Vasallentum. Dann kam die Lehre vom Statusquo, ohne Annexion und ohne Schaden- vergütung. Keine deutsche Rede drückt sich darüber deutlich aus. Was bedeutet aber keine Schadloshaltung? Ein Mann bricht in jemandes Haus ein, er mordet einige Bewohner, macht sich jeder Niedertracht schuldig und hält die Räume zwei Jahre lang besetzt. Dann, wenn die Ereignisse sich gegen ihn zu kehren beginnen, geht er her und sagt: Nimm Dein Haus, ich bin bereit, Dir den Statusquo zu geben. Ich werde keine Schadloshaltung von Dir verlangen. Selbst ein Bagdast würde dann sagen: „Du hast mir Unrecht zugefügt. Du mußt mir eine Schadloshaltung zahlen.“ Das ist keine Rücksicht, sondern die Schadloshaltung ist ein wesentlicher Teil des Mechanismus der Zivilisation jedes Landes. Was gäbe es sonst für eine Sicherung gegen eine Wiederholung dagegen, daß ein Mann drei Jahre in dem fremden Hause bleibt und dann weggeht, ohne Wette oder ohne Entschädigung (Kompensation) zu zahlen. Dasselbe gilt für Serbien.

Holländische Beschwerde über englische Seesperr.

Haag, 30. Juni. Das Korrespondenzbureau meldet amtlich: Das Ministerium des Äußeren teilt mit, daß die britische Re- gierung folgendes bekanntgemacht hat: Die gefährliche Zone in der Nordsee wird vom 4. Juli an alle Gevässer mit Ausnahme der niederländischen und dänischen Territorialgewässer umfassen, welche südlich und östlich der Linie liegen, die drei Meilen von der Küste von Jütland in 57 Grad 8 Minuten nördlicher Breite beginnt und über die Punkte 57 Grad 8 Minuten nördlicher Breite, 4 Grad östlicher Länge und 53 Grad nördlicher Breite, 4 Grad östlicher Länge, längs des 53. Breitengrades nach einem Punkte geht, der drei Meilen von der niederländischen Küste entfernt ist und von dort längs der Grenze der niederländischen Territorialgewässer nach Norden und Osten verläuft. Da infolge dieser Maßregel die sichere Fahrten in die gefährliche Zone fallen und damit die Schifffahrt um die Nordküste von England ganz unmöglich werden würde, hat die niederländische Regierung die britische auf die höchst bedenklichen Folgen dieser Maßregel aufmerksam gemacht und die Erwartung ausgesprochen, daß sie abgeändert werden wird.

Denkschrift der Gewerkschaften zur zukünftigen Friedenswirtschaft.

Die Arbeiter haben ein großes Interesse an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Die Hebung der Industrie, die Gestaltung des Arbeitsmarktes, überhaupt die ganze soziale Lage des Arbeiters ist davon abhängig. Deshalb gilt es, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß die im Interesse der Arbeiter liegenden Maßnahmen bei der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft durchgeführt werden.

Wird das Reichskommissariat für die Uebergangswirtschaft dazu berufen, am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens mitzuwirken. Seine Zusammenfassung beschränkt sich aber auf Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und der Reichsbehörden. Es ist notwendig, daß auch die Arbeiter dort ihre Vertretung haben, da bei den gegenwärtigen Interessen dieser Gruppen nicht selten Differenzen entstehen können, von denen es fraglich erscheint, ob sie in der endgültigen Entscheidung auch die Ansprüche der Arbeiter und Angestellten berücksichtigen. Nicht minder wichtig ist, daß bei der Neugestaltung von Handelsverträgen auch die Wünsche der Arbeiter und Angestellten gehört werden.

Den Leitungen der Gewerkschaften erwuchs daher die Pflicht, rechtzeitig diese Forderungen zusammenzustellen und den Regierungsstellen zu übermitteln. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften, den Gewerksvereinen, der polnischen Berufsvereinigung und den Angestelltenverbänden — jene lose Vereinigung der Gewerkschaften verschiedener Richtungen, die bei sozialpolitischen Fragen schon wiederholt gemeinschaftlich handelten — haben daher eine Petition an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet, in der sie die Forderungen der Arbeiter für die Friedenswirtschaft in der Verwaltung und Gesetzgebung aufstellen.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Es wird verlangt, daß die Versorgung mit Rohstoffen, die Einfuhr der wichtigsten Nahrungsmittel, die Begünstigung der Einfuhr von Futtermitteln, sowie die Eingriffe, die für die Stärkung unserer Volkswirtschaft notwendig sind, im Interesse der Arbeiter Berücksichtigung finden. Es wird zu diesen Forderungen begründend ausgeführt, daß von der Art dieser Regelung es vielfach abhängen wird, ob erhebliche Störungen in dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens eintreten und wie die Arbeitsgelegenheit sich gestaltet. Es wird daher verlangt, die Berufung von Vertretern der Gewerkschaftsgruppen zur Mitarbeit im Reichskommissariat zur Uebergangswirtschaft. Diese Mitarbeit soll sich insbesondere erstrecken auf: Regelung und Kontrolle der gesamten Ein- und Ausfuhr von Waren bis zur Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse; Ausschaltung der Konkurrenz und Beschränkung des Gewinns beim Einkauf von Waren im Ausland; Genehmigung der Wareneinfuhr bei Inlandsmangel; Kontrolle der Schifffahrt; sofortiger Ausbau der Binnenwasserstraßen; Verteilung der Rohstoffe durch Halbfabrikate, durch die für die einzelnen Industrien gebildeten Arbeitsgesellschaften; Schaffung von Wirtschaftskammern in den einzelnen Bundesstaaten; rechtzeitige Vorbereitung von öffentlichen Lieferungen und Arbeiten zur Hebung der gesamten Volkswirtschaft; Kontrolle aller Syndikate durch das Reichskommissariat. Die

Lebensmittelversorgung

wird nach dem Kriege noch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Auf dem Auslandsmarkt werden alle europäischen Staaten als Käufer auftreten, um die geräumten Lager wieder zu füllen und den stark herabgedrückten Bedarf wieder auf eine normale Höhe zu heben. Diesen Bedarf wird die Weltproduktion nicht befriedigen können, ganz abgesehen davon, daß die Bewältigung des Transports nicht ohne Störung von Seiten geben wird, da der verfügbare Schiffsraum fehlt. Deshalb wird die Versorgung des Marktes erst längere Zeit nach dem Kriege wieder in geregelte Bahnen lauten. Das bedeutet immer noch Mangel an Nahrungsmitteln, aber auch eine Tendenz zu hohen Preisen und übermäßiger Gewinnzielung. Deshalb wird in der Petition verlangt, daß in der Nahrungsmittelversorgung Einrichtungen, die sich in der Kriegszeit bewährt haben, aufrechterhalten werden sollen. Darunter ist zu rechnen: Beibehaltung der Höchstpreise, Beschlagnahme und Rationierung, Strafbestimmungen gegen übermäßige Preisforderungen. Die Reichsgewerkschaft, die Zentralenkaufgesellschaft und die mit ihr in Verbindung stehenden Gesellschaften, die zur Beschaffung von Nahrungsmitteln notwendig sind, sollen zunächst weiter bestehen bleiben. Ebenso muß das Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln bestehen bleiben, bis der ungehinderte Verkehr bei einer genügenden Versorgung des Marktes wieder möglich ist. Die Einfuhr von Vieh, von Nahrungs- oder Futtermitteln ist weiter zu begünstigen. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln ist durch weitgehende Unterstützung zu fördern. Zu diesem Zwecke soll der Erwerb und die Ausnutzung von genossenschaftlich erworbenen und verstaateten Maschinen und Betriebsrichtungen, die Beschaffung von künstlichem Dünger, Saatgut und Futtermitteln begünstigt werden. Jede Benachteiligung der Konsumvereine ist zu beseitigen. Für die

Arbeitsvermittlung

wird eine gesetzliche Regelung für das ganze Reich verlangt. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes soll die weitere Ausgestaltung und Festlegung der Zentralstellen erfolgen, durch die ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu erzielen ist. Den aus dem Heeres-

dienst Entlassenen und den Hilfsdienstpflichtigen soll bei Annahme der Beschäftigung nach auswärts freie Fahrt gewährt werden, da voraussichtlich zahlreiche Personen ihre Arbeitsstätte wechseln müssen und die Mittel nicht dazu haben, um die Ueberbedelung vorzunehmen zu können. Da gegenwärtig nicht zu übersehen ist, welche Arbeitsgelegenheiten nach Abschluß des Krieges sich bieten, immerhin aber damit gerechnet werden muß, daß für einzelne Industrien es geraume Zeit dauern wird, ehe sie ihre Tätigkeit voll aufnehmen können, so ist diese Maßnahme besonders notwendig. Sie soll auch dazu dienen, daß dem deutschen Arbeiter ein Schutz gegen ausländische Konkurrenz gewährt wird. Den ausländischen Arbeitern soll die Gelegenheit nicht genommen werden, in Deutschland Arbeit zu nehmen, zunächst muß aber dafür gesorgt werden, daß die deutschen Arbeiter Lohn und Brot bekommen. Bei der

Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen

ist vieles zu berücksichtigen. Die Auflösung der Reservearmee, die in diesem Kriege aufgeboten sind, wird mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein. Wünsche auf sofortige und schnelle Entlassung werden daher allgemein und zahlreich sein. Kann die Militärverwaltung nicht in jedem Einzelfalle diesen Wünschen Rechnung tragen, so müssen aber für die Entlassung feste Grundsätze bestimmt werden. Für den Aufbau des Wirtschaftslebens ist es nötig, daß die Gewerbetreibenden, Werkmeister, Handarbeiter, Verwaltungsbeamte, kaufmännische Angestellte und das Bureaupersonal zunächst entlassen werden, da deren Dienstleistung für das Inangekommen der Betriebe von besonderer Wichtigkeit ist. Für einzelne Industrien wird eine Bevorzugung eintreten müssen, so für den Bergbau, die Eisenindustrie und das Verkehrswesen. Besonders der Bergbau und die Eisenindustrie bedürfen der geschulten Kräfte, um die Produktion sofort erheblich zu steigern, damit auch ein Ueberfluß an Waren zur Ausfuhr fertiggestellt werden kann. An das Verkehrswesen wird schon in der Uebergangszeit ein so gewaltiger Anspruch gestellt werden, daß sofort alle Kräfte freigegeben sind. Es ist daher im Interesse der Arbeiter zu erwägen, daß nicht ohne Zwang die Entlassung verzögert wird. Es ist durchaus verständlich, wenn alle, die nicht zur Friedensformation des Heeres gehören, auf ihre Entlassung dringen. Auch volkswirtschaftliche Gründe lassen es dringend geboten erscheinen, jede nützbringende Arbeitskraft sobald als möglich wieder in Tätigkeit zu setzen und sie nicht brachliegen zu lassen. Daher darf kein Kriegsteilnehmer länger als militärisch absolut notwendig im Dienst behalten werden. Die Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen muß nach dem Wohnort der Familie bzw. nach dem Arbeitsort erfolgen. Den Kriegsteilnehmern, die eine Familie zu versorgen haben, ist nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in demjenigen Betriebe, in dem sie vor ihrer Einberufung zum Heeresdienst beschäftigt waren, zu sichern. Ueber die Möglichkeit einer solchen Wiedereinstellung soll eventuell eine Schlichtungsstelle entscheiden. Die Mitgliedschaft in einer Betriebskassenkasse muß auch bei einem Nichtwiedereintreten in die Beschäftigung aufrechterhalten werden können. Weiter werden in der Petition gefordert: Eine staatliche Arbeitslosenunterstützung für die vom Heeresdienst Entlassenen, Weiterzahlung der bisherigen Dienstbezüge für den vollen Monat zum Zwecke der Erholung oder der Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse, Gewährung eines Erholungsaufenthaltes, nötigenfalls Kur- und Sanatoriumsaufenthaltes auf Kosten des Reiches. Für die Kriegsteilnehmer mit erheblich geschädigter Gesundheit wird die Verpflichtung der Unternehmer auf je zwanzig Arbeiter mindestens einen Kriegsgeschädigten in eine für ihn geeignete Beschäftigung zu nehmen, verlangt. Staats- und Gemeindebetriebe sollen ohne Rücksicht auf die Anzahl ihrer Arbeiter und Angestellten, die vorher in den Betrieben beschäftigten Kriegsgeschädigten wieder einstellen. Entlohnung nach tatsächlicher Leistung, insbesondere gleiche Akkordsätze für Gesunde wie für Kriegsgeschädigte (die Aufrechnung der Rente darf unter keinen Umständen stattfinden). Baldmöglichste Aufhebung der vaterländischen Hilfsdienstpflicht. Bei der

Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeiterschutzes

wird in Anbetracht der Unsicherheit der Erwerbsverhältnisse während der Uebergangswirtschaft die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung gefordert. Lohn oder Gehalt soll der Beschlagnahme und Pfändung nur unterliegen, sobald er über 5000 M. jährlich beträgt. — Die während des Krieges außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen müssen nach Friedensschluß sofort wieder in volle Wirkung treten. Das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien, der Siebent- und Läden für offene Verkaufsstellen sind beizubehalten. Dort, wo die Arbeitszeit in Reichs-, Staats- oder Gemeindebetrieben verlängert werden mußte, soll sie wieder herabgesetzt werden. Die außer Kraft gesetzten Bestimmungen des Arbeiterbeschäftigungsgesetzes (mit Ausnahme der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, die neu zu regeln ist) sind wieder in Geltung zu bringen. Die Wöchnerinnenunterstützung ist in die A.B.D. einzufügen. Zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten und Arbeitsdifferenzen sind amtliche Schlichtungsstellen auf paritätischer Grundlage zu errichten. Die für den Hilfsdienst geschaffenen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtungsstellen sind für die Friedenswirtschaft sinngemäß zu übertragen; an Stelle der militärischen Vorstehenden treten die Gewerkschaftsbeamten. Durch Reichsgesetz ist eine anerkannte Vertretung der Arbeiter und Angestellten in Kamern auf beruflicher Grundlage zu gewährleisten. Für die Heimarbeitserufe sind die bisher errichteten Nachauschüsse beizubehalten. Die

Hilfsleistungen (z. B. Kriegsteilnehmer und deren Angehörige) werden nach dem Kriege eine große Rolle spielen. Der Kriegsteilnehmer bzw. seine Familie war vielfach gezwungen, während des Krieges größere Schulden zu machen. Damit er nicht in wirtschaftlichen Verfall gerät, sind öffentliche Darlehnsstellen zu errichten, aus denen er zur Tilgung seiner Schuldenlast Darlehen entnehmen kann. Es muß verhindert werden, daß bei der Rückkehr des Kriegsteilnehmers mit einem Schlags die angeschuldeten Forderungen fällig werden. Die Pfändung, sowie die Veräußerung der Pfandobjekte, die gegenwärtig gewissen Beschränkungen unterworfen sind, müssen aufrechterhalten bleiben. Besonders schwierig wird sich die Regelung der angesammelten Reichsschuld gestalten. Die Beibehaltung der Reieinigungsämter ist daher notwendig und die Ausgestaltung ihrer Befugnisse, wonach sie nicht nur als Einigungsamt, sondern auch als Gericht eingreifen können. Sie müssen dem Schuldner Ratengahlung gestatten. Die

Wohnungsfrage

verursacht gegenwärtig schwere Besorgnisse, die mit Beendigung des Krieges sich noch wesentlich verstärken können. Eine Knappheit an kleinen Wohnungen wird eintreten. Deshalb muß der Herstellung von Kleinwohnungen nach dem Kriege besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Als ein wichtiges Hilfsmittel für die Behebung der Wohnungsnot muß daher die Förderung der Baugenossenschaften angesehen werden. Für die Beilegung der Grundstücke ist bis zu einer bestimmten Grenze Bürgschaft aus Staatsmitteln zu übernehmen. Für die beschleunigte Aufschließung des vorhandenen Baugeländes ist Sorge zu tragen. Die Anweisung von Kriegsgeschädigten, soweit sie mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut und zu solchen fähig sind, ist zu fördern. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine größere Unterstützung und eine mögliche Erleichterung bei der Bobauung zu gewähren, eine Aufgabe, die die Gemeinden durch den eigenen Wohnungsbau erfüllen können. —

Das sind in groben Umrissen nur die wichtigsten der in der Petition der Gewerkschaften festgelegten Forderungen. Im Interesse der münderbemittelten Bevölkerung und der Volkswohlfahrt ist ihre Durchführung eine dringende Notwendigkeit. Sie eingehend zu beraten und zu prüfen, ist bei ihrer frühzeitigen Einreichung Reichstag und Bundesrat sehr wohl möglich. Sie zu erfüllen ist sehr wohl möglich, da sie nichts Undurchführbares enthalten. Ihnen Gesekskraft zu verleihe, ist soziales Erfordernis, um das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufblühen zu lassen.

Berlin und Umgegend.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten sämtlicher A.-G.-Betriebe Groß-Berlins einschl. des Personals der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie sind vor einigen Wochen in eine gemeinsame Gehaltsbewegung eingetreten und haben die neu gewählten Angestellten-Ausschüsse beauftragt, der Direktion bestimmte Forderungen auf Erhöhung der Gehälter und der Zulagen anzuhängen zu unterbreiten. Da die Firmenleitung bisher nur unzulängliche Zugeständnisse gemacht hat, so soll in zwei am Montag, den 2. Juli, abends 7 1/2 Uhr in den Sälen des Lehrvereinsbauhauses stattfindenden Betriebsversammlungen zu dem derzeitigen Stand der Bewegung Stellung genommen werden.

Parteinachrichten.

Zum Frankfurter Redaktionswechsel.

Genosse Duard Frankfort a. M. schreibt uns: Die Erklärung des Frankfurter Parteivorstandes, die in Nr. 175 des „Vorwärts“ steht, ist, wie uns die Beteiligten selbst mitteilen, in Abwesenheit des Parteisekretärs, gegen die ausdrückliche Verwahrung eines zweiten Vorstandsmitgliedes und mit der Erklärung des antretenden Parteivorstandes zustande gekommen, daß er sie nur mitmache, um weiteren Streit zu verhüten, den die Urheber der Erklärung anstrebten.

Zur Sache muß ich auf das Wort zurückgreifen, das ich in meiner ersten Einsetzung vom 2. Juni gebraucht hatte, das im Abdruck wegfiel, aber die Situation nach wie vor am besten kennzeichnet. Es ist nämlich wirklich „große Irrführung“, so schrieb ich damals, wenn sich die Urheber der letzten Vorstandserklärung gegen die absolut unbestreitbaren Feststellungen, die ich gemacht habe, damit zu deden suchen, daß sie auf dem Mehrheitsstandpunkte stünden usw. Leider hat die kleine „Personengruppe“, von der ich ganz zureichend sprach, in Vorstand und Redaktion jene wohlfeile Dedung seit langem dazu benutzt, wörtlich alle jene Vorwürfe gegen die Anhänger der fraktionspolitisch und mich zu erheben, die in meiner ersten Erklärung stehen und von denen nicht, aber auch gar nicht abzuhandeln ist. Daß aber jene Vorwürfe durchaus der Baffenkammer und dem Fortschritt der „Unabhängigen“ entnommen sind, weiß jeder Kenner unserer jetzigen Parteiverhältnisse.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Dieckhoff, Berlin-Friedrichshagen; für d. Abt. Berlin Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaulsdamm; für Anzeigen: Dr. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: „Vorwärts“ Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

A. WERTHEIM

Damenkleider

Kleid a. gestreiftem Schleierstoff, mod. jugendliche Form 44.00, 57.00

Kleid aus weißem Schleierstoff mit Handstickerei 44.00, 75.00

Kleid a. dunkelgeblühten u. gem. Schleierstoff 46.00, 59.00, 78.00

Seidenkleid aus guter Perlseide mit mod. Krage 68.00

Nur Leipzigerstr.

Jackenkleider aus Kräusel- und Waschstoffen 35.00, 55.00

Damenmäntel

Paletot aus sportfarbig. Stoff, verschiedene Formen 59.00

Seidenmäntel imprägn., v. Farben 105.00

Große Auswahl

in Taffet- und Eolienen-Mänteln und Jackenkleidern.

Kleiderröcke

Kleiderrock aus schwarz-weiß kariert. Stoff mit Gürtel 17.00

Kleiderrock aus weiß. Kräuselstoff, in verschied. Formen 23.00, 36.00

Morgenröcke

Morgenjacke aus Flauschstoff in hellen Farben 3.00 bis 10.00

Morgenjacke aus baumwollgeblühten Stoff mit Schickerkragen 8.25

Morgenrock aus baumw. Musselin mit buntem Besatz 14.00

Morgenrock a. g. baumw. Musselin, l. d. Taille gest., m. Stickereikrag. 21.00

Morgenrock aus gemustertem Schleierstoff, kleiderart. verarbeitet, mit weißer Krage-Garnitur 44.00

Kleiderrock

aus schwarz. hübsche Frauenform 38.00

Kleiderrock aus weiß-schwarz gestreift Garbadine, Glockenform m. Sattel 45.00

Unterröcke

Rock aus gestreiftem Waschstoff mit plüschiertem Ansatz 2.75

Rock aus Halbleinen, Ansatz gebrannt, mit kleinen Anstrichen garniert 5.50

Rock aus gestreiftem Waschstoff mit gekrepptem Ansatz 7.00

Rock aus Halbleinen mit hohem Schickers-Ansatz 8.75

Rock aus Tah mit angekrempstem Ansatz, in verschiedenen schillernden Farben 30.00

Rock aus kariertem Kattun, mit gezeugtem Ansatz u. Säumschob.-Garnitur 39.00

Waschblusen

Mullbluse mit Stickerei und Spitze 6.90

Sportbluse aus mit. weiß. Leinwand 11.00

Bluse aus Wasch-Schleierstoff, Vorderseite reich gestickt 11.50

Bluse aus gesticktem Wasch-Schleierstoff 14.75

Bluse aus Wasch-Schleierstoff mit reich gesticktem Vorderseite 17.75

Bluse aus schottischer oder gestreift. Seide 18.00

Bluse aus Kattun, in verschiedenen Farben 19.75

Bluse a. reich gestickt. Wasch-Schleierstoff 19.75

Bluse aus Trikotseide, 22.50

Bluse aus kleinkariert. Seide 21.00

Verkauf am Wäschelager

Bluse aus Schleierstoff mit Handstickerei und Durchbruch 12.75

Bluse aus Schleierstoff, mit gesticktem Vorderseite 15.75

Bluse aus Schleierstoff, gestickt, mit imit. Fließ-Einsatz 16.50

Bluse a. Schleierstoff, m. Seickerei garniert 18.75

Bluse aus Schleierstoff, farbig gestreift 19.75

Bluse aus Schleierstoff, gebüht 21.75

Bluse a. Schleierstoff, m. imit. Fließ-Spitze 22.75

Abteilung für elegante Damenkleidung

Kleider aus Waschstoffen 65.00

Jackenkleider aus Waschstoffen 95.00

Jackenkleider aus Seide 95.00, 195.00

Kleider aus Seide 195.00

Mantelkleider

aus Seide 225.00, 275.00, 325.00 und Samt

Mäntel aus Seide 75.00, 110.00, 195.00

Reitkostüme von 275.00 an

Reittröcke (Damenanzug) von 65.00 an

Reichskartoffelverordnung für 1917/18.

Es bleibt bei der Zwangslieferung.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 28. Juni dem Entwurf einer Verordnung über die Kartoffelversorgung für das Wirtschaftsjahr 1917/18 zugestimmt. Die Verordnung gibt lediglich den Rahmen, innerhalb dessen demnächst das Kriegsernährungsamt, die Reichskartoffelstelle und die Landesbehörden die Versorgung mit Kartoffeln für die Zeit vom 16. August 1917 bis zum 15. September 1918 zu regeln haben werden. Bis zum 15. August 1917 gilt die bisherige Verordnung des Bundesrats vom 28. Juni 1916. Bei den Beratungen mit den Sachverständigen aller Berufsgruppen ist, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, durchweg erklärt worden, daß man bei dem

Zwangslieferungssystem

sonwohl für Früh- wie für Winterkartoffeln bleiben müsse, da der freie Handel im System der Höchstpreise unter den gegenwärtigen Verhältnissen für eine ausreichende Versorgung aller Schichten der Bevölkerung mit Kartoffeln keine Gewähr bieten könne.

Der Vorstand des Kriegsernährungsamts, der Ernährungsbeirat des Reichstags, Vertreter der Landwirtschaft, der Bedarfsverbände und der Ueberschußbezirke sind zu dem Entwurf gehört worden und, wenn auch die Meinungen in einzelnen aufeinandergingen, so wurde bei diesen Beratungen doch überwiegend der Ueberschußbezirk Ausdruck gegeben, daß das Zwangslieferungssystem zwar zum Teil wegen organisatorischer Mängel, zum sehr großen Teil wegen der

besonders ungünstigen vorjährigen Ernte

und Winterwitterung trotz aller Unzulänglichkeiten, die es mit sich gebracht habe, aufrechtzuerhalten sei und daß nur Verbesserungen, insbesondere erheblich verschärfte Kontrollen geboten seien, die einerseits die Ueberschußbezirke in einzelnen Bezirken infolge unrichtiger Ertragschätzung ausschließen, andererseits die Versorgung der Verbraucher wirksamer als bisher sichern sollen. Auch die Vertreter des Handels haben sich zum weit überwiegenden Teil auf diesen Boden gestellt.

Alle Vorschläge, die die Zwangslieferung auf dem einen oder anderen Wege vermeiden wollen, sind mit den Anregern und anderen Sachverständigen eingehend erörtert worden, haben aber zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt. Die Kontrolle wird im Wege der Ausführungsbestimmungen in der Richtung geordnet werden, daß ständig bei den Empfangsverbänden und bei den Ueberschußbezirken ein festgestelltes, ob bei ersterem der Verbrauch sich in dem vorgeschriebenen Rahmen bewegt und die Aufbewahrung sachgemäß erfolgt und ob bei letzteren die zur Lieferung aufgegebenen Mengen von den Landwirten, den Gemeinden und den Kommunalverbänden rechtzeitig und in ausreichendem Umfang geliefert werden. Zugleich wird die Beschäftigung durchweg sachverständiger, dem Handel angehöriger Personen als Kommissionsäre vorgeschrieben und dabei bestimmt werden, daß Kommissionsäre in jedem Kreise in genügender Zahl eingestellt werden müssen. Die Kontrolle beim Landwirt wie beim Kommunalverband wird nach der Bundesratsverordnung durch Ausnahme der Kartoffeln in die Wirtschaftskarte gesichert, die für die Körnerfrüchte und die Hülsenfrüchte durch die Reichsgetreideverordnung vorgeschrieben ist. Sämtlichen Kommunalverbänden, Gemeinden und Landwirten gegenüber steht die Bundesratsverordnung eine Hauptpflicht vor. Auf zur Enteignung geschritten werden, so wird der Enteignungspreis um 60 M. für die Tonne gekürzt. Die Ausführungsbestimmungen können erst im August ergehen, wenn die Kartoffelanbauflächen feststehen und die Ausschichten für die kommende Herbstkartoffelernte sich einigermaßen übersehen lassen. Aufrecht erhalten bleibt bis auf weiteres die jegliche Bestimmung, wonach das Verfüttern von Kartoffeln verboten ist. Inwiefern dieses strenge Verfütterungsverbot im kommenden Herbst etwa gemildert werden

kann, und wie die Nationen und Lieferungsbedingungen im einzelnen festzulegen sind, läßt sich erst entscheiden, wenn das Ergebnis der Herbstkartoffelernte besser zu übersehen ist.

13. Generalversammlung der Metallarbeiter Die Entscheidung.

Köln, 28. Juni.

Zweiter Verhandlungstag (Abendigung).

Auch die weitere Diskussion über den Vorstandsbericht drehte sich nur um die Kriegspolitik und die damit zusammenhängenden Fragen. Sie bewegte sich im gleichen Rahmen wie die bisherigen Auseinandersetzungen. Erwähnenswert ist die Aeußerung Dittmanns (Hamburg), daß, wenn man auch in den Gewerkschaften versuche, mißliebige Elemente hinauszudrängen, man hier das selbe erlebe, wie bei der Partei. Der zweite Vorsitzende des Verbandes Reichel (Stuttgart) erklärte in längerer Rede, die Opposition wolle, sei ein Sprung ins Dunkle, der die Erzeugnisse des Verbandes in Frage stelle. Die Politik des Verbandes müsse sich nach den jeweiligen Verhältnissen richten. — Kurth (München) sagte, die „Weltanschauung“ Dittmanns gehe dahin, den Verband in das Fahrwasser der „Unabhängigen“ zu bringen. Der Kampfscharakter der Organisation habe auch im Kriege nicht gelitten, der Klassenkampf sei nicht aufgehoben. Kurth bringt eine Entschlieung ein, die im Sinne der Mehrheitsmeinung gehalten ist und sich entschieden gegen die die Einigkeit und Geschlossenheit der Mitgliedschaft gefährdenden Treibereien wendet. — Liebmann (Leipzig) ist der Ansicht, die Mißstimmung der Arbeiter sei geboren in der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht während des Krieges nicht getan haben. Die Gewerkschaften hätten das Streikrecht nicht aufgeben dürfen. Er empfiehlt die Annahme eines von 31 Delegierten unterzeichneten längeren Aufrufs an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands. In diesem sind die Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsvorstände zusammengefaßt, und zum Schluß werden die gewerkschaftlichen Arbeiter aufgerufen, dafür zu sorgen, daß in ihren Organisationen wieder der alte Kampfesgeist und das alte Selbstbewußtsein einklären, die den freien Gewerkschaften vor dem Kriege ihre Kraft und Stärke gaben. Bitter notwendig brauche die Arbeiterklasse selbständige, von den Regierungen und von den bürgerlichen Parteien unabhängige Organisationen. Daher solle jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter dafür sorgen, daß seine Organisation diesen Anforderungen wieder entspreche. — Brandes (Magdeburg) vertrat einen vermittelnden Standpunkt. Er behauptet, daß Regien von einer Trennung gesprochen hat. Es dürfe in der Gewerkschaftsbewegung zu keinen zwei Organisationen kommen. Beide Seiten müßten einen Pflock zurückerufen und sich auf einer mittleren Linie finden, auf der ein Zusammenarbeiten möglich wäre. — Stiering, der zweite Bevollmächtigte von Berlin, gab ein eindringliches Bild des Berliner Demonstrationsstreiks. Der Einfluß bestimmter Abgeordneter habe zur Folge gehabt, daß in einigen Versammlungen der Vorschlag der Vertreterversammlung abgelehnt worden sei. Neun Zehntel der Arbeiter hätten dem Beschluß entprochen und die Arbeit wieder aufgenommen, ein Zehntel nicht. In Berlin sei dann ein Arbeiter- und Abgeordnetenrat einer bestimmten Richtung und einigen Arbeitern gebildet worden. Man habe den Versuch gemacht, die Arbeiter wieder aus den Betrieben herauszubringen, aber vergebens. Dieser Arbeiter- und Abgeordnetenrat habe es auch als seine Aufgabe betrachtet, die Leitung des Berliner Metallarbeiterverbandes zu befeitigen. Die politische Haltung Cobens sollte Veranlassung geben, ihn nicht wieder zu wählen. Aus dieser Quelle dürften wohl auch die Berliner Flugblätter gegen die Leitung des Verbandes stammen, die ein Denkmal der Schande seien.

Gegen 11 Uhr abends wurde schließlich ein Schlußantrag angenommen und die Verhandlungen vertagt.

Köln, 29. Juni.

Dritter Verhandlungstag.

Die persönlichen Bemerkungen wurden auch heute noch fortgesetzt. Sie wurden gemacht von Hamburger und besonders Berliner Delegierten, die dabei ihre Differenzen mit ihrem Bevollmächtigten zum Ausdruck zu bringen suchten. Die Auseinandersetzungen machten einen äußerst ungünstigen Eindruck auf die Generalversammlung. Ein Antrag, die Berliner Differenzen einer Kommission zu überweisen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann folgten die Schlusssätze. Die Ausführungen des Korreferenten Dittmann waren in demselben Sinne gehalten wie sein Referat. Er erklärte, auch die Kollegen der Opposition würden positive Arbeit leisten. Es komme aber darauf an, wie man die positive Arbeit auffasse, von welchen Grundsätzen man sich dabei leiten lasse. Sie müsse geleistet werden nach einem bestimmten Ziel, auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes. Dann verfuhr er erneut nachzuweisen, daß die Gewerkschaften ihre früheren Grundsätze verlassen haben und neue Bahnen beschreiten. Er wiederholte das Bekenntnis zur „Unabhängigen Partei“ und erklärte zum Disziplinbruch der Minderheit, über die Disziplin stehe die moderne Arbeiterbewegung, die Hochhaltung ihrer Grundsätze. Dittmann wendete sich entschieden gegen die Resolution Kurth und polemisierte dann besonders gegen Regien, der „der treibende Keil im schlimmsten Scherenschnitt“ sei. Er schloß seine fünfviertelstündigen Ausführungen pathetisch: „Herr Graf, wollt ihr ein Länglein haben, wir spielen euch auf!“ (Rebhäuter Weisfall bei der Opposition.)

Schlicke betonte, es habe für ihn keine Veranlassung vorgelegen, hier über Weltanschauung zu reden. Dittmanns Referat habe den Zweck einer Agitationsrede für die neue Partei. Es wird systematisch versucht, den Verband von seinen Aufgaben abzudrängen. Die Vorstandskonferenz hat sich nicht für eine Partei erklärt, sondern nur gesagt, daß die von der sozialdemokratischen Partei am 4. August eingeschlagene Politik im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Die Vorstandskonferenz hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Mehrheit sich mit der Minderheit abfindet, Sache der Partei sein müsse. Wir waren aber verpflichtet, zu erklären, welche Politik im Interesse der Arbeiter liegt. Die Bestrebungen der Minderheit gehen darauf hin, die Gewerkschaften abhängig zu machen von bestimmten Auffassungen in der Partei. Das weisen wir zurück. Dittmann hat gesagt, auf der Gothaer Tagung sei von den Gewerkschaften nicht gesprochen worden. Aber unmittelbar danach wurde in verschiedenen Verwaltungsstellen gleichmäßig die Forderung auf unentwogenen Klassenkampf und Injizierung von Demonstrationsstreiks erhoben. Es wurden an verschiedenen Orten Flugblätter verbreitet mit der Aufforderung zur Arbeitsniederlegung am 16. April. So ist systematisch in einer Art gearbeitet worden, in der wir eine Schädigung der Verbandsinteressen erblicken. Bezüglich seiner Haltung im Kriegssamt — die in der Diskussion berührt wurde — sagte Schlicke, ich bin nicht berufen als königlich preussischer Ministerialbeamter, sondern als Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes. Wenn, wie Brandes meinte, der Einfluß des Vertreters des Unternehmertums im Kriegssamt, Sorge, größer ist als der meine, so will er eine größere wirtschaftliche Macht mitbringen. — Wir verlangen Beachtung des Verbandsstatuts und der Beschlüsse der Generalversammlung. Gegen Kollegen, die gegen das Statut verstoßen, muß vorgegangen werden. Der eingereichte Aufruf soll ein Agitations-Manifest sein, von dem man kaum erwartet hat, daß die Generalversammlung es annimmt. Man will mit solchen Agitationsdokumenten drängen wirken. Die Gewerkschaften sind und bleiben Klassenkampf-Organisationen. Sie suchen Schritt für Schritt die Macht des Unternehmertums einzuschränken. Damit arbeiten sie im sozialistischen Geist. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, auch die Arbeiter zur Widerstandskraft, zur Selbstständigkeit zu erziehen. Manche Arbeiter müßten im Betriebe mehr Bekenntnis zeigen. Die Generalversammlung muß feststellen, daß sie Sitzungen im Verband benutzt. Hat der Verbandstag beschlossen, dann ist es unser aller Pflicht, im Sinne des Beschlusses zu wirken. Wir müssen dann ein geschlossenes Ganges bilden und unbedrohen unsere Aufgaben erfüllen im Interesse der Metallarbeiter und der gesamten Arbeiterbewegung. (Starker Beifall.)

Bei der Abstimmung, die namentlich ist, wird nun die Entschlieung Kurth mit 84 gegen 33 Stimmen angenommen. Sie besagt:

I.

„Die Dreizehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erblidet in den Anträgen 25 und 27 bis 31 der Vorlage den Ausdruck des gefestigten Bestrebens, den Verband von seinen Aufgaben und ihrer Durchführung abzudrängen und ihn weit gesteckten politischen Zielen dienstbar zu machen. Diesen Zweck sollen die in Wort und Schrift ausgeprochenen Herausforderungen der Gewerkschaften, ihrer Leistungen und Erfolge sowie die Verdächtigungen ihrer Leitungen und Vertrauensmänner fördern. Diese Agitation soll zunächst die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bestehende Mißstimmung über die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen und, unter letzteren besonders über die mangelhafte Regelung der Volksernährung, auf die Gewerkschaften und

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

Die Musik blies das Sempacher Lied, und die Rekruten mit den marschmüden Nieren sangen aus trockenen Kehlen den knorrigen Drehschlügelsteg vom Helden Winkelfried, daß der Schall in die Hausgänge und zu den Dachfluren hinausfuhr, das Weibervolk an den Fenstern Kaffeemühlen, Staubwedel, Widelkinder präsentierte und die liebe Straßensugend vor Begeisterung auf den Händen lief. Ein hellmühtiger Bahnsinn brach allerorten aus, wo der dröhnende Taktschritt, die schreienden Kehlen, das schmetternde Blech, die rasselnden Trommeln hinkamen. „Mit Verlaub — einen Augenblick!“ sagte der Barbier zu seinem Kunden, der sodann mit halb-rasierter Wade vorwurfsvoll unter die Latentür trat. „Du närrische Paule — da wird wohl unser Alois auch dabei sein!“ wimmerte die Waschfrau im Keller und schaute durch das Dampfzugloch auf die Straße, die vielen Posenstöße entlang nach ihrem ureigenen Vaterlandsverteidiger aus. Von oben herab prüfte der Fabrikant zähnestohernd die Güte der Truppe, die Disziplin und das dichte befriedigt: „Teufel auch, wohin kämen wir, wenn die Dressur nicht wäre!“

Nicht wenige suchten jedoch in der geräuschvollen Schar den berühmtesten Instruktor Lenggenhager, der einen „Familienvater“ totgeschossen hatte und desserungsgachtet immer noch die schöne Uniform nebst Säbel tragen durfte. „So einer gehört ins Loch, aber nicht aufs hohe Ross!“ urteilte vor schnell manche liebe Einsalt, während ihr Blick zwischen Grauen und Wohlgefallen an dem flotten Reiter hängen blieb. Der letztere ließ sein Pferd achlos tänzeln und schwänzeln, stoden und boden. Es kam ihm heute gar nicht darauf an, funkenstiebend über das Pflaster zu galoppeln und nach den Fenstern hin magnetisch zu wirken. Vorläufig hatte er den Sinn dafür radikal verloren.

Auf dem Kasernenplatz angekommen, nahm Lenggenhager noch die Rapporte der Zugführer entgegen; und bald darauf meldete er sich in aller Form beim Platzkommandanten, um den unfreiwilligen Urlaub ohne Säumen anzutreten.

Es wurde dem alten Soldatenvater nicht etwa leicht, seinen jüngsten, zünftigsten Mitarbeiter auf diese unrohe Weise scheiden zu sehen. Aber ohne Mühe fand er herzliche Worte. „Nicht wird es freuen, wenn Sie nach gefälligem Spruch ihre hiesige Tätigkeit wieder aufnehmen. Und was ich mit meinem Zeugnis dazu tun kann, daß Sie sauber aus dem

Handel herauskommen, — was wir alle hoffen und wünschen — also, versteht sich, das wird mit allem Nachdruck geschehen. Ich habe den Herren nur Gutes über Sie zu berichten.“

Der Oberleutnant spürte den Druck der wackeren Hand bis in die Herzgrube: sie quetschte ihm eine bittere Träne hervor und verschlug ihm eine Weile die Sprache. Er, der die Scheelsucht und Verschlagenheit der militärischen Streber bereits kennen gelernt hatte, konnte dem guten Zuspruch jetzt doch nicht Trost bieten. Aber bald kam so etwas wie ein Wiederbesitz zum Vorschein. In dem der Kommandant näher auf die bevorstehenden Verhandlungen einging, gab er Lenggenhager zu verstehen, daß es für das Gericht nicht unerheblich wäre, zu erfahren, wer eigentlich den verhängnisvollen Vorschlag wegen der deutschen Militärmusik gemacht habe.

„Die Sache bekommt gleich ein ganz anderes Gesicht, wenn man weiß, daß Ihnen der Oberstdivisionär dazu geraten hat. Sie haben bereits einen Begriff, wie schwer es ist, eingestrichelte Vorurteile zu beseitigen. Ein paar unglückliche Zufälle genügt — jetzt sind Sie bis in die hinterste Bauernstube hinein der „schwarze Mann“. Das ist ein Fluch, der kann Ihnen am Ende zeitlebens anhängen. Schützen Sie sich dagegen, so gut Sie können.“

Lenggenhager starrte den zweifelhaften Ratgeber fast erschrocken an. Hatte Hugentobler vielleicht ein Interesse daran, den Obersten Steiger in die böse Geschichte zu verwickeln? Dieser — ein bedarzugter Vertreter der Rasse und heimlicher Drahtzieher, jener — ein im schweren einformigen Kasernendienst ergrauter Soldat — größere Gegenseite konnte man sich kaum denken. Allein in den verwetterten Zügen und besorgblidenden Augen des Alten war nichts von solchen Rabalen zu entdecken.

„Der Schuß könnte aber auch hinten hinausgehen!“ erwiderte der junge Mann bedenklich. „Es sollte nicht so aussehen, als wollte ich die Verantwortung für das Geschehene abschütteln. Ich stehe dazu und würde ein zweites Mal nicht anders handeln. Tjaha! Für die Prekmente war das allerdings ein kapitaler Dirsch. Die Belschen könnten dann den Trumpf, „L'ami de l'empereur“ wieder ausspielen und behaupten, das Offiziersfest sei weiter nichts als ein Huldigungsakt vor dem schwarzen Adler gewesen. Rein, dazu will ich die Hand nicht bieten. Oberst Steiger sagte mir damals nur: „Wie war es denn, wenn Sie die Weinberger Regimentsmusik kommen lassen?“ Daraufhin kann ich ihn doch nicht als Urheber festnageln. Ich habe die Idee einfach übernommen und selbständig durchgeführt. Wenn sie jetzt als

Herausforderung empfunden wird, muß ich die Folgen in Gottes Namen tragen.“

„Ein mannhafter Standpunkt! Der Oberst wird ihn zu schätzen wissen!“ bestätigte der Kommandant stirnrunzelnd, des unerquicklichen Gegenstandes scheinbar überdrüssig.

Aber Lenggenhager war nun einmal im Zuge und sagte alles, was er auf dem Herzen hatte. Ohne seinen einflussreichen Ökner wäre er ganz untendurch gewesen. Ihm allein verdankte er den Bestand der bürgerlichen Blätter. Es gäbe ja überhaupt keinen Männermut vor der Massenherrschaft mehr; sonst hätte ein solcher Rattenkönig von Unfug gar nicht entstehen können. Hugentobler ließ ihn aber nicht ausreden. Er merkte, wo der Stachel sah und hinzielte. „Ja, nur nicht so in Bausch und Bogen, guter Freund! Vergessen Sie nicht, daß Sie durch Ihre impulsiven Art den Brand erheblich geschürt haben. Sie sagen sich jetzt wohl, es wäre gar keiner ausgebrochen, wenn ich meine Befugnisse im Interesse der militärischen Autorität überschritten hätte und die mir anvertraute Gewalt ein bißchen mißbraucht hätte. Aber selbst das kann keiner von uns mit Sicherheit behaupten. Ebenso gut hätte damit ein Blutbad angerichtet werden können. Dann sähe ich jetzt als ausgemachter Staatsverbrecher hinter Schloß und Riegel. Wer würde in diesem Fall noch von Männermut reden? „Ein tollgeordneter Bluthund“ oder „ein verächtlicher Tropf, der sich auf solche Weise dreißig Jahre saurer Arbeit um die Ohren schlägt“ — ein milderes Urteil hätte ich nicht zu gewärtigen. Ja, und wofür sollte ich, von der Moral abgesehen, so ein Risiko übernehmen? Unserem reitet der Teufel nicht mehr, auf Schritt und Tritt Standarten aufzupflanzen. Für den inneren Dienst können wir mit den vorhandenen Befugnissen auskommen, und mit dem ewigen Fingerhäteln zwischen Zivil- und Militärwelt werden so wie so nur die Geschäfte der „Roten“ besorgt. Das ist ungefahr mein Standpunkt. Sie denken jetzt noch anders. Gut, ich habe nichts dagegen. In Ihren Jahren geht einer gern aufs Ganze. Aber glauben Sie mir: bei uns muß jeder — auch der schneidigste Draufgänger — mit der Zeit nachgeben. Der Widerstand ist zu groß und zu elementar. Die Disziplin geht nicht „durch“ wie draußen, wo sie im Beamtentum weiterwirkt und den Mann sein Leben lang begleitet. Unser Kunde pfeift darauf, sowie er wieder in seinem Arbeiterittel steckt, schlankert den Drill so schnell als möglich ab und wirft uns den Hund vor die Türe. So ist es. Im Schützenverein und Schützenfest sieht er das Heil der Nation. Unsere Jucht hält er für eine blödsinnige Schinderei. Daran werden Sie auch nichts ändern. (Fortj. folgt.)

auf ihre Leistungen wegen ihrer angeblichen Talenlosigkeit übertragen und sie für alle die Arbeiterkraft mehr oder weniger bedeutenden Kriegsmahnen vorantreiben. Zudem den Arbeitern unter Hinweis auf die Stellung der russischen Arbeiterkraft zu der gegenwärtigen Revolution eine Kräftigung, die sie nach den heutigen Nachverhältnissen gar nicht haben kann, vorgeschrieben wird, soll sie für große politische Massenbewegungen bereit sein und zu demonstrativen Arbeitseinstellungen mit politischen Zielen veranlaßt werden. Enden solche Bewegungen, wie vielleicht voraussehen, mit einem Misserfolg, dann wird dieser wieder den Gewerkschaften und ihren Leitungen zur Last gelegt.

Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Erleichterung des auf der Arbeiterkraft lastenden Druckes, verschweigt die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Befehle den gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig befolgt sein können. Diese Agitation ist aber auch verhängnisvoll, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lastenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Hoffnung auf baldigen völligen Zusammenbruch Deutschlands härt, deren Angriffsmut steigert, die Zahl der Kriegsopfer vermehrt und den Krieg selbst verlängert.

Unter dieser Feststellung lehnt die Generalversammlung die oben genannten Anträge ab, erhebt Einsprache gegen das Bestreben, die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegung in die Gewerkschaften hineinzutragen und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck des gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verbandmitglieder vor der gekennzeichneten Agitationsweise, vor den ihr zugemuteten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allem im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und Verbandssatzungen stehenden Arbeitsniederlegungen. Sie fordert die Verbandmitglieder auf, sich solchen die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitgliedschaft gefährdenden Treibereien zu widersetzen.

II.

Zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes bedarf die Arbeiterkraft einer gesicherten gesetzlichen Grundlage. Die Hemmnisse in der Ausübung des Koalitionsrechts durch § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung des Erpressungs- und Kötigungsparagraphen auf die gewerblichen Lohnkämpfe müssen durch Neuordnung des Koalitionsrechts beseitigt werden. Die Generalversammlung erwartet von den Vertretern der Arbeiterkraft im Reichstage eine entschiedene Vertretung der Arbeiterforderungen im Sinne der Ausgestaltung aller die Rechte der Arbeiterkraft berührenden Gesetze. In sozialpolitischer Hinsicht fordert sie den wirksamen Ausbau des Arbeiterschutzes, eine durchgreifende Umgestaltung der Arbeiterversicherung, die Schaffung eines klaren und einheitlichen Arbeiterrechts, die Regelung der Arbeitsnachweilfrage, Einführung der Reichsarbeitlosenversicherung und Förderung des gewerblichen Schlichtungswesens.

III.

Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet die Generalversammlung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden als geeignete Grundlage für seine baldige Herbeiführung. Eine eifrige Wirksamkeit aller Arbeiterkraft im Sinne dieser Forderungen dient der Annäherung der verschiedenen Länder und damit einem dauernden Frieden.

Die Anträge Berlin, Leipzig, Halle, Remscheid und Stettin, die die Kriegspolitik des Vorstandes und der Generalkommission verurteilen, sind damit abgelehnt. Der von der Minderheit vorgeschlagene Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 73 gegen 44 Stimmen abgelehnt. — In diesen 44 Stimmen kommt die wirkliche Stärke der Opposition zum Ausdruck.

Damit waren die grundsätzlichen Abstimmungen erledigt. Der Verbandstag vertagte sich auf Sonnabend. Heute nachmittag macht er einen Ausflug.

Groß-Berlin

Ein Landziehungsheim für Berliner Fürsorgezöglinge.

Das Fürsorgezöglingshaus der Stadt Berlin hat mit der kurzem eröffneten landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt Strubeshof (auf dem Kieselgut Sputendorf bei Großbeeren) die eigenen Anstalten um eine neue vermehrt. Nachdem das alte Erziehungsheim Lichtenberg zu einer der Fürsorgezöglinge auf den Handwerkerberuf vorbereitenden Bildungsstätte entwickelt worden ist, soll Strubeshof den nach Befähigung und Reife für Landarbeit eignen den Zöglingen eine gründliche Ausbildung geben. Was schon seit einer Reihe von Jahren die kleine Erziehungsanstalt Birchow versuchte hatte, wird in sehr viel größerem Rahmen und nach wohlüberdachtem Plan jetzt Strubeshof ausführen. Die neue Anstalt wurde gestern befehligt von Vertretern der Presse, die im Auftrage des Magistrats der Stadttrat Sassenbach begrüßte.

Der Anblick von Strubeshof erweckt die besten Erwartungen. Wie ein kleines Dorf bietet dem näher kommenden Besucher die statliche Häusergruppe sich dar, eingebettet in freundliches Grün, umgeben von Gärten und Aedern, überragt von Birken und Kiefern. Architekt Arnous, der die reizvolle Anlage geschaffen hat, ist demütlich gewesen, ländlich-farbenfrohes Gepräge auch den einzelnen Gebäuden zu geben, den Hausfronten und den Innenräumen. Ueber Aufgabe und Ziel dieses Erziehungsheims sprach Direktor Anaut, der Leiter des Fürsorgezöglingshausens. Die Hauptgruppe der hier untergebrachten Zöglinge sind 120 Burschen im Alter von 14 bis 18 Jahren. Sie sollen im Landwirtschaftsbetrieb der Anstalt von Erziehern, die selber Landwirte sind, praktisch und theoretisch zu Landarbeitern ausgebildet werden. Neben ihnen nimmt Strubeshof eine Gruppe von 60 noch schulpflichtigen Anaben auf, damit den Erziehern und Lehrern auch die Möglichkeit der sie belebenden Arbeit an jüngeren Zöglingen bleibt. Die Gruppen wohnen getrennt, die Schulentlassenen in zwei Häusern, die Schulpflichtigen in drei Häusern, wovon eins die Schwachbehängten vereinigt. Eine besondere Gruppe sind schwererziehbare Burschen von 16—21 Jahren, bei denen wegen Ausreißerei und Widersehlichkeit zeitweise die freie Erziehung ausgesetzt und Unterbringung in einem für 28 Zöglinge berechneten festen Hause angeordnet wird. Als Hilfsmittel der Erziehung dient die Zusammenfassung zu „Familien“, an deren Spitze je ein Hausvater und in den Anabenhäusern neben ihm auch eine Hausmutter steht. Die Leitung von Strubeshof ist dem Direktor Arnaut übertragen, der bisher als Leiter des Erziehungsheimes Lichtenberg erfolgreich gearbeitet hat.

Tiefere Einblicke in die Erziehungsarbeit kann natürlich ein solcher Anstaltsbesuch nicht geben. Was wir auf dem gemeinsamen Rundgang durch die einzelnen Häuser und Räume sahen, war eigentlich nicht mehr als das anheimelnde äußere Bild der Anstalt. Wir glauben aber, hoffen zu dürfen, daß es in Strubeshof auch an dem rechten Erziehungsgeist nicht fehlen wird.

Nichtpreise für Brennmaterialien.

Von heute ab kosten: Briquets (Marlen „Jule“ und Niederlausitzer Spindlatbrüetts) ab Lager je 60 St. 0,78 M., 100 St. 1,56 M., 1000 St. 14,80 M., 1 Zentner 1,67 M.; frei Haus (Keller) 100 St. 1,91 M., 1000 St. 18,80 M., 1 Zentner 2,07. Bei Verläufen aus den auf öffentlichen Ausbaugeleiten stehenden Waggonen 100 St. 1,80 M. — Induriedriketts (Marlen „Jule“ und Niederlausitzer Spindlatbrüetts) ab Lager: 1 Zentner 1,67 M., frei Haus (Keller) 2,07 M. — Anthrazit ab Lager: 1 Zentner Rönhold 8,60 M., 1 Zentner Cabé 8,80 M.; frei Haus (Keller) 4,20 bzw. 8,90 M. — Gasloß per Leinwand, ab Lager: 1 Zentner 2,80 M., 1 Scheffel 1,40 M., 1/2 Scheffel 0,70 M., 10 Liter 0,90 M.; frei Haus (Keller) 1 Zentner 8,40 M., 1 Scheffel 1,70 M. — Steinkohlen Ruh II (Ruh I je Zentner 10 Pf. teurer) ab Lager: 1 Zentner 2,50 M., 1 Scheffel 2 M., 10 Liter 0,50 M.; frei Haus (Keller): 1 Zentner

3,10 M., 1 Scheffel 2,80 M. — Brennholz aller Art I. Klasse Kloben ab Lager 41 M., frei Haus (Keller) 46 M., 2-Schnitt 50 M., 3-Schnitt 51 M., 4-Schnitt 52 M. für 1 Raummeter. — Wer diese Preise überschreitet oder wer die Abgabe von Ware unbedingterweise verweigert, hat neben den gesetzlichen Folgen Sperrung in den Breitenmärkten der Niederlausitz und unter Umständen die Schließung seines Geschäftsbetriebes zu gewärtigen.

Eine besondere Obstpreiskommission für Berlin.

Bisher erfolgte die Festsetzung der Erzeugerpreise für Gemüse und Obst durch die bei der Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Potsdam gebildete gemeindefachliche Preis-Kommission einseitlich für den Regierungsbezirk Potsdam und die Stadt Berlin. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat jetzt mit Wirkung vom 1. Juli ab für den Bezirk Groß-Berlin, die Städte Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg und die Kreise Niederbarnim und Teltow umfaßt, eine besondere Preis-Kommission für die Festsetzung der Erzeugerpreise für Gemüse und Obst gebildet. Dieser Kommission wird gleichzeitig auch die Festimmung der Groß- und Kleinhandelspreise für den Bezirk Groß-Berlin übertragen.

Ferner macht die Reichsstelle für Gemüse und Obst folgende Warnung bekannt: Es mehren sich die Nachrichten, daß Großverbraucher oder Händler beim Eingehen von Obstverträgen ganz unbedingtmäßig hohe Rodiummen gewähren. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird sich das durch solche Verträge gestickte Obst ausnahmslos zu den festgesetzten Erzeugerpreisen aberechnen lassen. Es kann daher vor solchen Verträgen, bei denen die Käufer von vornherein mit erheblichen Geldverlusten zu rechnen haben, nicht dringend genug gewarnt werden.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Für die nächste Woche sind bei der Anmeldung zur Massenlieferung zum ersten Male in der Zeit vom 2.—5. Juli von den Teilnehmern an Kartoffelarten abzugeben: Bei Entnahme einer ganzen Portion 2 Abchnitte, bei Entnahme einer halben Portion 1 Abchnitt. Die Anrechnung der Reichssteuerkarte bleibt unverändert. Da infolge des großen Mangels an Kartoffeln es nicht möglich sein wird, Kartoffeln in dem Essen zu verabreichen, werden in größerem Umfang als bisher Kartoffelmalmehl, Kartoffelflocken sowie Teigwaren und Getreidefabrikate verwendet werden.

Vom Montag ab darf auf Abchnitt 84 ein halbes Pfund Speisefrücht zum Preis von 28 Pf. (ganzes Pfund 45 Pf.) in der Zuderlieferungsgeheimnisse abgegeben werden.

Wegen der Bearbeitung des Ergebnisses der Bevölkerungsaufnahme vom 26. Juni sind die Protokommisionen am Dienstag und Mittwoch in den Vormittagsstunden nur von 11 1/2 bis 1 Uhr für das Publikum geöffnet. Die Geschäftszeit an den Nachmittagsstunden bleibt unverändert.

Kirchturnpolitik.

Eine eigenartige Ueberraschung wurde am Sonnabendmittag zahlreichen Frauen in der Kriegsgasse Kaiser-Friedrich-Strasse der Gemeinde Panow. Die Frauen, wohnhaft auf Berliner Gebiet in der Nähe der Panower Kriegsgasse, bezogen von dort zum Teil seit vielen Monaten für ihre Familien das Mittagessen. Als sie nun am Sonnabend, wie dort üblich, die Anmeldung für die kommende Woche vornehmen wollten, wurde ihnen von der Küchenleitung erklärt, daß aus Mangel an Lebensmitteln an Berliner Einwohner in Zukunft keine Speisen abgegeben werden.

Wir halten diese Maßnahme, gelinde gesagt, für rücksichtslos. Man hätte zum mindesten Vorworte treffen müssen, daß der Ausschluß der Berliner Teilnehmer diesen so frühzeitig bekannt wurde, daß sie die Möglichkeit gehabt hätten, sich für die kommende Woche bei der Berliner Massenlieferung anzumelden. Da in Berlin die Anmeldung bereits Donnerstag geschlossen muß, so sind die Betroffenen, zumeist kinderreiche Familien, für die nächste Woche von der Massenlieferung beider Orte ausgeschlossen. Das aber bedeutet für viele bei dem oft übigen Verlangen der Lieferung von Frühgemüse Verzichten auf irgendwelches Mittagessen.

Durch die kurzfristige und kleinliche Kirchturnpolitik der Gemeinde Panow wird der Erregung weiter Kreise über die Lebensmittelnot nur Nährstoff gegeben. Ob das in dieser wahrlich doch bitteren Zeit nicht hätte vermieden werden können? Den Berliner Magistrat aber möchten wir eruchen, Anweisung zu geben, daß es den von der Panower Speisung Ausgeschlossen ermöglich wird, ihre Anmeldung ausnahmsweise zu Beginn der kommenden Woche vornehmen zu dürfen.

Rat und Hilfe für schwebende Mütter und Kinder, eheliche und uneheliche, gewährt der Bund für Mutterschutz, Wilmersdorf, Uhlendstrasse 143. Unentgeltliche Auskunft in der Sprechstunde täglich von 10—11 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag abends von 7—9 Uhr. Das Heim bietet 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Niederkunft liebevolle Aufnahme.

Im Roslogischen Garten ist am Sonntag wieder der billige Eintritt von 30 Pf. die Person während des ganzen Tages und ohne Unterschied des Alters; ebenso für das Aquarium. Von 4 Uhr nachmittags ab Konzert.

Memens in Treptow. Am heutigen Sonntag soll die Entscheidung des Kriegserinnerungskennens — Memens 1914 — im Sportpark Treptow ausgefahren werden. Es starten: Bauer, Pawle, Krupat, Schiple, Jante und Przymbel. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Für 80 000 M. Leder und Lederwaren entdeckte und beschlagnahmte die Kriminalpolizei in einem Geheerest in der Alten Schützenstraße. Ein großer Teil rührt von einem Rutscher Karl Dummett her, der bei einem hiesigen großen Geschäft angestellt war und es nach und nach zu einem Vertrauensposten gebracht hatte. Vor einigen Tagen mit einer wertvollen Ladung ausgestattet, kam er aufgeregter nach dem Geschäft zurück und meldete, daß ihm, während er in einer Schankwirtschaft eine Erfrischung eingenommen habe, das Fuhrwerk mit der Ladung gestohlen worden sei. Den Wagen fand man später leer am Friedrichshain wieder. In längeren Verhören verwirkelte sich Dummett aber in Widersprüche und gestand endlich, daß er mit einem Rutscher Johannes Lipinski die Ladung selbst auf die Seite gebracht habe. Beide hatten das Leder zu einem Fehler in der Alten Schützenstraße gebracht. Lipinski wurde ebenfalls festgenommen. Als man den Fehler verhafteten wollte, war er bereits verschwunden. Man fand aber in seiner Bekleidung noch die ganze Lederladung und außerdem große Kisten voll Lederwaren, deren Eigentümer noch nicht bekannt sind, alles in allem für etwa 80 000 M.

Der wucherische Bäckermeister. Das Kriegswucheramt hat dem Bäckermeister Paul Wuffe, Berlin, Nehmannstr. 23, jetzt Nordufer 8, den Handel mit Backwaren und Kuchen untersagt. Er hat seine Bäckerei schließen müssen und darf auch keine Tätigkeits als Angestellter in einem ähnlichen Betriebe ausüben. Wuffe hatte von dem ihm vom Magistrat zum Brotbacken überwiesenen Mehl Kuchen gebacken, den er zu Wucherpreisen verkaufte. Das zum Brotbacken fehlende Mehl verschaffte er durch Dinzunahme von Kartoffeln und Kohlräben. Wuffe wird sich vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Charlottenburg. Lebensmittelnachrichten. Fleisch wie bisher. Kartoffeln 1 Pfund auf Abchnitt 62a und 400 Gramm Gebäck auf die übrigen Abchnitte. Auf Abchnitt 85 2/3 Pfund Einmachende oder 3 1/2 Pfund Kunsthonig bezw. Süßfruchtarmelade, ferner 1 Pfund Süßfruchtarmelade oder Kunsthonig auf Abchnitt 108. Auf Abchnitt 104 375 Gramm Galernährmittel, auf Abchnitt 105 100 Gramm Teigwaren vom 8. bis 14. Juli, auf Abchnitt 106 in derselben Zeit 200 Gramm Iose Suppen oder 4 Suppenwürfel. Auf die Nährmittelzusatzkarte für Jugendliche 125 Gramm Teigwaren,

Wilmersdorf. Lebensmittelnachrichten. 500 Gramm Fleisch, zwei Pfund Kartoffeln und als Ersatz für die restlichen drei Pfund höchstens 800 Gramm Gebäck, drei Eier a 34 Pf. Bis einschließlich 7. Juli auf Abchnitt A: 100 Gramm Weizenmehl, B: 40 Gramm verschiedenen Dörrengemüse, C: 200 Gramm Rohrbrüdenschnitzel, E: 100 Gramm Kartoffelmalmehl, F: 125 Gramm Kartoffelflocken, G: 125 Gramm Teigwaren. Ferner Abchnitt 9 entweder eine Flasche sterilisierter oder eine Dose kondensierter ausländischer Vollmilch oder ein Paket Vollmilchpulver; Abchnitt 12: 45 Gramm Puddingpulver a 14 Pf., Abchnitt 13: 125 Gramm Fruchtat a 60 Pf., Abchnitt 15: zwei Pfund Gemüselikörner, Abchnitt 17, solange Vorrat reicht, ein Päckchen Strahmannsches Puddingpulver.

Neukölln. Lebensmittelversorgung. In der kommenden Woche werden abgegeben: 500 Gramm Fleisch, 1 Pflaumen Süßstoff auf Buchstaben S der Haushaltungskarte, 2 Stück Eier a 34 Pf. vom 8. Juni bis 8. Juli, Kartoffeln dürfen zunächst nur in einer Menge von je 1 Pfund auf jede Kartoffelkarte und 2 Pfund auf eine Kartoffelzusatzkarte abgegeben werden. Ersatz wird in Gebäck gewährt, und zwar entfallen auf jeden Kartoffelabchnitt 50 Gramm. Ferner gelangen 150 Gramm Weizenmehl auf Lebensmittelkarte in den Kolonialwarengeschäften zur Ausgabe.

Schöneberg. Lebensmittelnachrichten. Es werden abgegeben: auf Abchnitt 51 S 1/2 Pfund Hosenmehl, auf Abchnitt 51 K, G, J je 1/2 Pfund Speisefrücht, auf Abchnitt 51 E eine Stange Suppenwürfel, auf Abchnitt 51 B ein harter Käse und auf Abchnitt 53 S bis E je 1/2 Pfund Dörrengemüse.

Ferner gelangen zur Verteilung: 2 Pfund Kartoffeln auf Abchnitt 62d und e, auf 62a und b zusammen 200 Gramm Gebäck, sowie auf 62c 70 Gramm Mehl. Auf die Kartoffelzusatzkarte wieder 2 Pfund. Vom Freitag ab auch an Stelle der 2 Pfund Kartoffeln 200 Gramm Gebäck.

Spandau. Auskunftserteilung über Hilfsdienst. Diejenigen Arbeiter und Gewerkschaften in Spandau und im Landkreis Osthaveland, mit Ausnahme von Potsdam, welche in irgend welchen Fragen, die mit dem Hilfsdienstgesetz zusammenhängen, Auskunft einholen wollen, mögen sich an den Vorkamer im Hilfsdienstauschuss für den Kreis Osthaveland, den Genossen Emil Stahl-Spandau, Marktstr. 10, wenden. Die Geschäftszimmer des Schlichtungs- und Einberufungsausschusses für Spandau und Osthaveland befinden sich in Spandau, Schönwalder Str. 105.

Für Potsdam und den Kreis Juch-Welzig befindet sich der Ausschuss in Potsdam, Am Wilhelmplatz 8. Der Vertreter der Arbeiterkraft ist in demselben: Genosse Emil Schubert, Potsdam, Alte Luisenstr. 37.

Steglitz. Lebensmittelnachrichten. Außer der üblichen Wochenrate werden verteilt pro Kopf: 75 Gramm Perljag, 125 Gramm Kaffee-Ertrag und 100 Gramm Kunsthonig oder Marmelade.

Adlershof. Der Ertrag der Explosionschäden. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Regelung der durch das bekannte Explosionsunglück in der Kahlbaumischen Fabrik am 22. Mai verursachten Schäden im Gemeindebezirk Adlershof. Der Bürgermeister, Dr. Sporleder, gab einen Überblick über die von der Gemeinde unternommenen Schritte zur Befriedigung der angemeldeten Schadenersuchansprüche. Zur Regelung dieser Schäden hat die Gemeindeverwaltung ein Schadenersuchbureau eingerichtet und einen aus Sachverständigen bestehenden Unterausschuss eingesetzt, der die einzelnen Schäden abschätzt. Die Firma Kahlbaum, die zunächst den Betrag von 20 000 M. zur Vinderung des größten Notstandes in bar gegeben hatte, hat aber weiterhin jegliches Verschulden und jede Ersparnis abgelehnt. Infolge dessen beschloß die Gemeindevertretung, gegen die Firma Klage zu erheben. Der Teltower Kreis-ausschuss hat zur Vinderung der Schäden Mittel bewilligt und der Gemeinde zu dem üblichen Zinssatz zur Verfügung gestellt. Die Gemeindevertretung beschloß, daraus den einzelnen Geschädigten Darlehen zu demselben Zinssatz zu gewähren. Auch das Kriegsministerium hat eine rechtliche Verpflichtung zum Schadenersatz abgelehnt, jedoch die Notwendigkeit anerkannt, der ärmeren Bevölkerung die zur Verringerung der Schäden nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Kreisverwaltung hat infolgedessen der Gemeinde einen größeren Vorkurs gewährt vorbehaltlich der Zahlungspflicht der Versicherungsgesellschaft, bei der die Firma Kahlbaum versichert ist. Diese Gesellschaft hat die bei der ersten kleineren Explosion am 4. April d. J. verursachten Schäden gedeckt, verweigert aber die Entschädigung für die am 22. Mai entstandenen Schäden.

Britz. Lebensmittelversorgung. Es gelangen zur Abgabe auf Abchnitt 85 Grich 1/2 Pfund je Person, 38 Kartoffelmalmehl (Hausbrot bis 4 Personen 1/2 Pfund, über 4 Personen 1/2 Pfund), 87 Kriegsmehl 1/2 Pfund je Person nur bei den Kleinhändlern, 38 Vollkornmehl (1 Stück je Person), 39 Del (50 Gramm je Person), 40 verschiedene Waren (Fischkonserven, Wandal-Fleischextrakt, Nährhefe und rote Beete) und Abchnitt 41 Sonderzuteilung.

Groppe. Einbrecher stalteten in der Nacht zu Sonnabend der Verkaufsstelle Berliner Straße der Konsumgenossenschaft einen Besuch ab, gleichzeitig brach in den Räumen Feuer aus. Das Feuer vernichtete fast sämtliche städtische Waren, welche am Mittwoch eingeliefert und am Donnerstag zur Verteilung kommen sollten. In der Auteilung der städtischen Waren wird jedoch an die Mitglieder der Könnischen Vorstadt keine Unterbrechung stattfinden; die Ausgabe soll in der Verkaufsstelle Müggelseimer Straße vor sich gehen.

Cranienburg. Der Ankauf des Gutes Lehnitz abgelehnt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat in geheimer Sitzung die Vorlage über den Ankauf des benachbarten Gutes Lehnitz für den Preis von 550 000 M. mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Einschließlich der für die Stadt erforderlichen Aus- und Umbauten würden sich die Kosten der Erwerbung auf über 1 Million Mark gestellt haben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksorganisation Groß-Berlin. Donnerstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41. Tagesordnung: Die Kohlenversorgung im kommenden Winter. Referent: Stadtverordneter Adolf Ritter.

Die Genossen werden ersucht, an diesem Tage keine weiteren Veranstaltungen zu treffen und für regen Besuch dieser wichtigen Versammlung Sorge zu tragen. Eintrittskarten sind bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Der Bezirksvorstand.

Friedrichshagen. Erst heute kommt mit dem Mittelungsblatt Nr. 12 der Unabhängigen zu Gesicht. In demselben befindet sich eine Notiz, die den Zweck haben soll, mich in den Augen der Parteigenossen einer Unterschlagung zu bezichtigen. Zur Aufklärung teile ich mit, daß das frühere Vereinsvermögen auf ein Sparbuch angelegt ist, was dem Unterzeichneten der betreffenden Notiz bekannt ist. Im Einverständnis mit den Redaktoren und Vorstandsmitgliedern sollen unsere Genossen nach Rückkehr aus dem Felde über die Verwendung der Gelder bestimmen. Man sieht, mit welchen unfairen Waffen gelämpft wird. M. Köderitz, Kluisstr. 3.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Montag mittag. Von Norden nach Süden fortwährende Abkühlung, vorübergehend wolfig, leichte Regenschauer; schwache Gewitter.

Damenkleidung

Schleierstoffkleider	weiß	1775	2550	3950
Schleierstoffkleider	grünlich	4900	5900	7900
Muffelkleider	beige	2750	3950	5900
Seidene Nachm. Kleid.		4900	5900	8900
Seidene Mäntel	Impregniert	8900	11500	13500
Seidene Paletots	Mitte Sommer	8500	9800	15000
Seidene Jackenkleider		9800	11500	15000
Wollene Jackenkleider		6900	8500	15000
Taffet-Kleiderrocke		3950	4900	7900
Kleiderrocke	aus Wolle	2550	3950	5900
Wach-Kleiderrocke		975	1975	2550

Blusen

Schleierstoff-Blusen	weiß, mit Stick, u. handgeft. Vorberlei	1275	1975
Schleierstoff-Blusen	weiß, aus Seidenstoff	1975	2550
Schleierstoff-Blusen	buntes gemustert, versch. Ausführungen	1475	2150
Wachseiden-Blusen	weiß, moderne Stoffe	1750	2975
Seidene Blusen	farbig, verschiedene Ausführungen	1675	3375
Sporthemden	aus u. gefärbten Stoffen	1075	2250

Kinderkleidung

Rittel-Kleiderchen	aus bunten Wachsstoffen	275
Mädchenkleid	aus blau-weiß gestr. Sat. Augusta, 50-100 cm lg., 50 cm lg.	575
Kinderkleid	aus weißem Batist, mit Stick-Ansatz, 45-60 cm lg., 45 cm lg.	325
Mädchenkleid	aus dunkel gepunktetem Schleierstoff, für ca. 6 Jahre	2300
Mädchen-Wachblusen	verschiedene Ausführungen, für ca. 6 Jahre	450
Rittel-Anzug	f. Knaben, modern, ab. hellbl. Wachstoffs	850
Knab.-Schlupfblus.-Anzug	aus guten dunkl. Wachsstoffen, f. 3 Jahre	850
Matrosen-Bluse	f. Knaben, blau-weiß gestr., für 2-3 Jahre, f. ca. 2 Jahre	300
Regen-Rapes	für Knab. u. Mädch. in all. Größ. vorzüglich	

Unterröcke

Wach-Krepp-Unterröcke	in bräunl. und dunklen Farben	1575
Seidener Taffet-Unterröcke	hochgepunkt. Volant	2650
Seidener Unterröcke	in Châle- oder gepunkt. Volant	2950
Seidener Unterröcke	aus prima Stoff, mit garniertem Volant	3975

Lederwaren

Echte Rohrplatten- und Vulkanfibre-Koffer

Rucksäcke * Feldflaschen * Luftflissen
 Leere und eingepackte Lederhandkoffer in großer Auswahl

Coupe-Koffer	Kunstleder, mit 2 Schlössern und Patentgriff	1350	1450	1700
Coupe-Koffer	Hartplatten, mit 2 Schlössern und Eisgriff	1600	1700	2000
Bahnkoffer	mit umgehenden Hartholzgehäusen	5600	5900	
Reisetaschen	in Kindsleder-Ersatz, lange Form	950	1700	

Reisetaschen	in Kindsleder-Ersatz, Maulbügelform, sehr solide Form	2150	3075	
Reisetaschen	in echt Kindsleder und Schweinsleder, in allen Größen u. Formen			
Reiseneffaires	komplett gefüllt	750	1275	
Damen-Hutschachteln	für die Reise	275	300	350

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Christoph Barkschat, Bierfahrer.
- Anton Elias, Lagerarbeiter.
- Georg Freudenberg, Warenhausdiener.
- Richard Götzke, Kassenangestellter.
- Erich Hellwig, Geschäftsdienst.
- Hermann Hellwig, Geschäftsdienst.
- Edgar Holz, Straßenbahner.
- Max Langnese, Industriearbeiter.
- Karl Ranglack, Industriearbeiter.
- Otto Schröter, Drochschenschaufer.
- Otto Toffel, Straßenbahner.
- Gustav Tyron, Geschäftsdienst.
- Martin Wiewandt, Lagerarbeiter.
- Otto Woitaschek, Geschäftsdienst.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

August Fiebig

von der Firma Lindenberg, Große Frankfurter Straße, am 26. Juni im Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Josef Kerber

am 27. Juni im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weissenhof, Gallenberger Straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer

Hermann Otte

von der Firma Grig, Reußlin, am 27. Juni im Alter von 60 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes in Reußlin, Hermannstraße, aus statt.

Nachrufe.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Botenfrau

Amalie Liszewicz

am 26. Juni im Alter von 41 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochschenschaufer

Karl Spiegel

am 24. Juni im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Unseren Mitgliedern die betäubende Nachricht, daß unser Mitglied, der Buchbinder

Adolf Krüger

am 28. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juli, nachmittags 1 Uhr, von der Halle des neuen Luisenstädtischen Kirchhofes, Reußlin, Hermannstr. 168, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

Max Müller

am 28. Juni an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Bethenice, Wilsdruffer Straße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Richard Grasse

am 25. Juni an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 177/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banenarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Bezirk Wedding.

Am 28. Juni starb unser Mitglied, der Putzer

Johann Reimann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem St. Sebastian-Kirchhof in Reinholdsdorf, Humboldt-Straße, statt.

146/5 Die örtliche Verwaltung.

Nachruf.

Am Montag, den 25. Juni, verstarb nach langem, schwerem Leiden der Maschinenführer

Richard Grasse.

Er war uns ein lieber Kollege, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. 9081

Die Maschinenführer der Firma Manoli.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Ehrung beim Ableben meines lieben Vaters, unseres Sohnes und Bruders **Wilhelm Püstow** sage ich dem Hauptvorstande des Zentralverbandes der Uphalteure und den Verwaltungsstellen desselben sowie der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den anderen Verbänden und der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin für ihre prächtigen Beihilfen und Herrn Vint für seine Rede bei der Einäscherung meinen herzlichsten Dank.

Für die Eltern und Geschwister meines verstorbenen Vaters: **Emma Püstow, Berlin-Bismarcksdorf, Weinmayerstr. 12.**

In wehmütiger Erinnerung

an den Todestag meines mir unvergesslichen, unglücklichsten Sohnes, unseres lieben Bruders

Robert Etzel

gestorben am 2. Juli 1916.

In tiefstem Schmerz

Deine Mutter

Emma Etzel Witte

und Geschwister.

Wehe nicht mir, sie lebt aber das Grab hinan. 28116

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde.

Die Behandlung der Mitglieder in der zahnärztlichen Klinik findet

am Montag, den 2. Juli 1917 ab, werktäglich von 8-11 Uhr

vormittags statt.

Für Anmeldungen und bringende Fälle ist die Klinik jedoch von

morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr

geöffnet. 278/7

Berlin-Lichterfelde, d. 30. Juni 1917.

Der Vorstand,

Hans Fischer, Vorsitzender.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Niederbarnim.

Einladung

zur außerordentlichen Ausschusssitzung

der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Niederbarnim

am Sonntag, den 8. Juli 1917, vormittags 10 Uhr,

im Restaurant Hindenburg in Berlin, Dantestraße 4 (Sülowplatz).

Tagesordnung:

Erwerb eines Grundstückes zum Bau eines Verwaltungsgebäudes.

Die Herren Ausschusssmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ergebenst eingeladen.

Berlin, den 28. Juni 1917.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Niederbarnim.

Rüb n, Vorsitzender. 1278/6*

Münzen

kauft **Ball, Münzenhdlg., Berlin** Wilhelmstr. 46/47. 12 2*

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Engelauer 14/15, part. — Telefon: Amt Nordplatz Nr. 8430.

Geschäft: Born. u. 10-12, nachm. u. 4-7 Uhr, Dienstag nachm. geschlossen.

Mittwoch, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Böker, Weberstr. 17:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Rollen- und Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1917. 2. Der Reichs-

sach für Militärarbeit. 3. Die Übernahme des Arbeitsnachweises durch die Stadt Berlin. 4. Verschiedenes. 170/8

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.

Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.

Telephon: Amt Norden 188, 1239, 1987, 9714.

Dienstag, den 3. Juli 1917, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schweizer

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Vortrag. Referent: Kollege **A. Schlingel**. — 2. Branchen-

angelegenheiten. — 3. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Zähne

mit u. ohne Gaumenplatte, Brücken, Plomben jeder Art, Goldkronen, moderne Goldtechnik, Umarbeitung schlechtlitz. Gebisse, Reparatur. sof. Zahnziehen

L. Lörl, Betäubung, Kl. Preise, auch Teilzahl. Tel. Nord 10438

D. A. Löser Behandl. nur Rosenthalerstr. 69-70 v. 9-7 Uhr abends. Sonntags 10-12

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk

Goldkronen, Brücken, Plomben, Zahnziehen mit Betäubung, Umarbeitung, Reparaturen sofort. Billige Preise, auch Teilzahlung. 276/17

Zahn-Praxis **M. Löser, nur Brunnenstr. 185,**

nahe Invalidenstr. Persönl. zu sprechen 10-7, Sonnt. 10-12. Nord 11508

Industrie und Handel.

Ein Zwangshandikat in der Lederindustrie.

Verschiedene Berichte sprechen von einer geplanten Zwangshandikatur der Lederindustrie, die von manchen Kreisen auf die Anrechnung des Reichsamt des Innern zurückgeführt wird.

Betriebszusammenlegungen in der Metallindustrie.

Der 'Fr. Vg.' wird aus Berlin geschrieben: 'Die man hört, Schweden Erwägungen über sehr umfassende Zusammenlegungen in der Kupferverarbeitenden Industrie.

Zusammenschluß in der Werkzeug-Industrie.

Um Schwierigkeiten bei der Versorgung der Heeresverwaltung und des Rüstungsgewerbes mit ausreichenden Mengen von Werkzeugen zu beseitigen, haben sich die verschiedenen Zweige der Werkzeugindustrie zu einer Reihe von Vereinigungen zusammengeschlossen.

band (alle in Remscheid), die Vereinigung der Gefenkschmieden (Solingen), der Stahlfabrik-Verband (Remscheid), der Stahlfabrik-Verband (Solingen), sowie der Verband für Flußstahl, Sägen und Messerblende (Remscheid).

Die Aushungerung der Neutralen.

Wegen Mangel an Rohstoffen haben in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Fabriken in Schweden ihren Betrieb einschränken oder ganz einstellen müssen.

Soziales.

Die Prüfstelle für Ersatzglieder.

In den Räumen der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg hat die Prüfstelle für Ersatzglieder, die jetzt 1 1/2 Jahre tätig ist, ihr Heim aufgeschlagen.

Das hört sich sehr einfach an, ist aber in Wirklichkeit sehr schwer. So schwer, daß die Arbeiten heute noch nicht abgeschlossen sind und es noch langer, angelegter Arbeit bedürfen wird.

Um auf letzteres zunächst einzugehen, muß ohne weiteres für verständlich erklärt werden, daß die Kriegsverletzten, deren Erwerb auf ihrer Erwerbsfähigkeit aufbaut war, auch seelisch sehr deprimiert sind.

Verkäufe

Verkauf Moravian 58a. Meine Lager bieten noch große Auswahl in Modenschuhen, Fadenschuhen, Portolats, Uhren, teils auf Seide, prima Verarbeitung, billige Preise.

Verkauf Marquardstraße 7. Belg. Garnituren! Neue Herrenanzüge! Bekleidungsartikel! Kleiderstoffe! Täschengarnituren! Brautkleider! Uhrenverkauf! Schmuckwaren! Wandbilder! Kaffeebohnen! 1698*

Verkauf Thomae, Dramenstr. 44. Fortwährend verbilligte Teppiche, Gardinen, Vorhängeläden 5 Prozent Extraabatt. 64*

Verkaufwagen, Klappportwagen, Holzräder, alle Reparaturen an Kinderwagen, Stuhlwagen, Bettwagen, Blumenwagen 96. 2288*

Verkauf Spezialhaus für Küch. maschinen, Kinderwagen, Metallbetten Wilmersdorferstraße 53/54, Chausseestraße 76, Bellealliancestraße 4, Prinzessinnenstraße 45. 2288*

Verkauf Prof. Dr. R. Kriegs- krankenpflege. Ein Aufklärungs- wort zum Trolle und zur Rahmung. 0,35 R. Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 3. 2778*

Verkauf Seidenstoffe, imprägnierte Seidenstoffe auf Zellulose abgeben. Viele erbeten: Kallis, NW 57. 2778*

Verkauf Tüllwaren. Jeden Sie Ihren Bedarf in Belgischen und Russen Tüll ist zu noch erschwinglichen Preisen, bei bequemer Zahlungsweise. Erbeten: Belgischenfabrik Kallis, Berlin NW 57. 2418*

Verkauf Korsett, Gädig, gesund, leibschonend, mit Gehr und Mattenwagen, auch Tüllwaren, verkauft sofort. Jonas, Wilmersdorfer- straße 162. 2788*

Verkauf Massive, große Laube, auch für Winter, Dorn, Kogel, Stille, Gas und Wasseranlage verzugsbereit. Jetzt für 1600 Mark zu verkaufen. Central, Tunnelstraße 1-2, Jarsel. 2788*

Verkauf Verkauft Orientaler Tor, Lindenstraße 209/4, Ecke Reinholdstraße, verkauft neue Herrenanzüge, Kappen, Hüte, Koffer, Goldene, Silberne Herrenanzüge, Damenanzüge, Kappen, Schmuckwaren, Brillanten, Edelsteine. Aus Ihren dreifachen Garantien. Eigene Werkstatt. 2788*

Verkauf Frühkartoffeln, garantiert feinen Hochertrage Ernte; echter Judenkartoffel, Pflanzkartoffel, Kaminofenkartoffel, maßgebend zu erziehen; Gemüsepflanzen, schnellreife Sorten; Erdbeeren, Buschbohnen. Jeder Kundhaber schreibt Karte. Koch, Jochenberg, Jochenberg, Jochenberg. 2790*

Verkauf Wäsche, Ernst Dödel. Ein Lebensbild. Statt Nr. 1, für 75 Pf. Geb. statt Nr. 2, für 1,50. Das Werk und keine Gebichte. Geb. statt Nr. 2,50 für Nr. 1,75. Geb. statt Nr. 1,50 für Nr. 1. Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 3, Laden. 2790*

Verkauf Meerschweinchen, 4 Paar. Ratten, weiße, bunte, 1 Paar, Mäuse, weiße, 1 Paar, zahlr. Meier, Kottb. huter Ufer 62. 2778*

Verkauf Kaninchen verkauft Thiele, 21. baldstraße 1. 2812b

Verkauf Pferdegeschirre, gut erhalten, verkauft Schneider, Augsburger Straße 6. 2798*

Verkauf Kleines Landhaus, Döberitz, verkauft Köhne, Rammstraße 57, Eol II. 2822b

Verkauf Billige Land- und Waldparzellen verkauft der Bestler, Döberitz, Albrechtstraße 22. 2807b

Verkauf Obstgarten, Gemüsegarten, auch mit Sommerhäusern, verkauft billig Winter, Bahndorf Stolpe. 2798*

Verkauf 30 Stühle, Garnituren, große, schön modern, weil Sommer, 250 Mark bei Garnitur. Eidos, Alexanderstraße 72, an der Dresdener Straße. 2798*

Verkauf Kaninchen, Rasse- und Kreuzungstiere, wegen Futtermangel preiswert verkäuflich. Groß, Grenzstraße 1. 2747

Verkauf 1,3 Bantam 30,-, 1,5 ref. Zwerg 60,-, 2 junge Enten halbgenossen 16,-, 1,6 kg. Rheinländer 1 R. 17 65,-. Tiere sind 16. Brut und im besten Leben und eine Herde für Garten. B. Koch, Jochenberg, Bez. Gaffel. 2798*

Verkauf Geschäftsvorfälle. Zeitschrift, jedes Jahre in einer Hand, billig zu verkaufen. Marquardstraße 17. 2778*

Verkauf Gemüsegarten, gutgelegen, Krankheitswegen, verkauft billig Lichtberg, Eppelstraße 8. 2112

Verkauf Plattenwerk, elektrischer Betrieb, sehr gute Erzeugnisse, Laden, Einberufungsbüro billig verkäuflich. Vintstraße 102. 2727

Verkauf Todesfallhalter alles gutgegebene Zeitschrift billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Hempler, Treptow, Döberitzstraße 20-21, von 9-12 und 3-6. 279

Verkauf Zeitschrift, gangbares, mit großer Zeichnung, transportwegem billig. Danzigerstraße 49. 2742

Verkauf Möbel. Möbelkäufer, gediegene, billig verkauft Möbelkäufer Lehmer, Große Hamburgerstraße 4. 2716b*

Verkauf Kleiderpinsel, Bäckepinsel 28,-, Sofa, Chaiselongue, Kommoden, Küchenschrank, Möbelwerkstatt nach Anverwand, Gartenstraße 26. 272*

Verkauf Woebel-Woebel, Moritzplatz 58. Jahrbücher. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Große Auswahl, niedrige Preise. Beschäftigung 8 1/2-7. 33*

Verkauf Herrensicher! selbste Gelegene, modern, hübsche Ausführung, Bibliothek mit Krallenplatten, großer Diplomat, runder Tisch, 2 Leuchtblätter, Schreibstisch, komplett 975,-, regulärer Preis bedeutend höher. Möbelhaus Osten, nur Andreas- straße 30. 1668

Verkauf 12 Bettstellen mit Federmatratzen in Kuppelbau, Kabinett im ganzen, auch einzeln billig verkäuflich. Eudaw, Pallasstraße 13, hochparterre. 272

Verkauf Herrensicher, dunkel Eiche, eigenes Werk, Verfertigung und Gartenmöbel verkauft Rosenwald, Leichterstraße 27-30, vorn links. 2798*

Musikinstrumente

Verkauf Klavier 245,-, kreuzsaitiges 385,-, Kinkel 375,-, Damiani- straße 166 III. 2748*

Verkauf Wandermandoline 20,-, italienische, portugiesische 35,-, Wander- gitarren, Lauten, Unterricht 6,- Monatsmonat. Gitarrenten mit 50 Unterlegnoten 15,- (Ladenpreis ca. 25,-), eingepolte Geige mit Zubehör 25,-, Solfeggios 50,-, Ernst, Dramenstraße 166 III. 2748*

Verkauf Trichterlose Grammophone verkauft billig Drens, Schemm- straße 19. 2678

Kaufgesuche

Kaufe alles: Birnis, Weim, Bienenwachs, Paraffin, Kopal usw. Habe anerkannt höchste Preise. Kauf, Große Frankfurterstraße 25. 55/4*

Verkauf Elektrische Materialien aller Art laut Schumann, Veteranenstraße 25, hochparterre. Telefon Nord 558. Nicht- und Anstalten, neu und gebraucht, laut 'Elektrische', Galtzer Straße 43, I. Fernsprecher Moritzplatz 14892. 2468*

Verkauf Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Fahngelbe! Schmuckwaren! Ketten! Ringe! Uhren! Schmuck- arbeitsstoffe! Silberabfälle! Goldschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telefon Alexander 4243. 98*

Verkauf Kaufe Kleiderpinsel, Bäckepinsel, Sofa, Bettstellen, Truemeau, Küchenschrank, Sella, Gartenstraße 26. 272*

Verkauf Verpapiere, Briefpapiere, Kopier- papiere, Spardbücher, Urkunden, Lebenspolicen, Briefe, jede Größe, postfertig. (Sofortige Geldauszahlung.) Deutsche Kreditbank, Prinzenstraße 54 (Moritzplatz). 261/2*

Verkauf Säge, Backstein, laut Schermer, Langestraße 19. 167*

Verkauf Leinwand, Standöl, Terpentin, Lacke, Bleimittel, Leim, Schellack laut Kallert Jds, Reubenstraße 18, Moritzplatz 5861. 203/6*

Unterricht

Verkauf Damen Ausbildung als technische Zeichnerinnen, sehr guter lehrer, Berufs, Tages-, Abendunterricht, Prospekt, Anfang 1. Juli. Polytechnisches Gewerbe-Institut, Anhalter 2. Barth, Ingenieur, Chausseestraße 1. 261/2*

Verkauf Maschinenbau, Elektro techn., Maschinenbau, Ausbildung, Werkmeister-Lehrling, Konstrukteur. Prospekt frei. Anfang 1. Juli. Polytechnisches Gewerbe-Institut, Anhalter 2. Barth, Ingenieur, Chausseestraße 1. 261/2*

Verkauf Mandolinenspiel, Gitarrenspiel, Spezialität Dreimonatsturne. Zeitinstrumente. Abends. Rehdorf, Brunnenstraße 160. 54/14*

Verkauf Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschritten, sowie deutsche und französische Stunden erstellt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. 246/5*

Verkauf Möbelschmiedewerkstatt, Neue Bienenstraße 3 (Vollbahnhof), Berliner Handelsstraße, Seidelstraße 1, Anfang Juli Beginn neuer Kurse. Ausbildung zu wirklich perfekten Buchhalter, Buchhalterinnen, Kontoristen, Stenographen, Bureaubeamtinnen, Halbjahreskurse, Jahreskurse. Honorar 30-25,00, Abendkurse 15,00. Einzelkurse, Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung 15,00, Nichtschreibende, Buchführung, Schreibweise, Buchführung, Rechnen, Korrespondenz, Englisch, Französisch, monatlich 6,00. Weiteren Personen und Nichtschreibern Einzelunterricht. Abgangsgeld kostenlos. Grati- prokret. 246/2*

Verkauf Klavierkursus, Ermittelten Edel- methode, Monatspreis 3,-, Klavier- läuten frei. Musikalische Dramen- straße 63 (Moritzplatz). 56/17*

Advertisement for 'Arbeitsmarkt' featuring a large stylized 'A' and text: 'Wer Arbeitskräfte sucht, muß in einem Zeitungsinstitut sein besonders in Arbeitsvermittlung arbeiten.' It lists various services and contact information.

Verkauf Möbelkäufer! Kleiderpinsel, Bettstellen, Bäckepinsel, Truemeau, Küchenschrank, Sella, Gartenstraße 26. 272*

Verkauf Briefmarken auf dem Weg laut Rehr, Rauffstraße 52. 2641b*

Verkauf Weim, Leinwand, Paraffin, Kopal, Gage, Delle, Borag, Rehdorf, laut Drogerie, Meißnerstraße 34. 2641b*

Verkauf Platinantwurf, Gramm bis 7,70 (ebenfalls Anlauf alter Jahngelbe Bettenden, Ringe, Schmuckwaren, Ketten, Glühbirnen, alle ge- schäftlichen Preisen. Metallkünstler John, gegründet 1903, nur Alte Jakob- straße 138 und Rottbuserstraße 1, Rottbuserstr.). Moritzplatz 12808. Niema genau beachten. 2641b*

Verkauf Gebraucht, beschlagnahmefreie Selbstkosten bis 25 Pfennig. Weinstock 1/3, Wien 19 sowie alle anderen Sorten gebrauchte und neue Korke, jeden Posten, Schallplatten und - wagen laut Moritzplatz, Berlin, Alte Leipzigerstraße 21. 1238*

Verkauf Staunende Preise für Möbelstücke, ganze Einrichtungen, Warenlager, Kleider, Federbetten, Teppiche und Nachlässe zahlr. Goldmann, Danziger- straße 49. Königplatz 7631. 1828*

Verkauf Leinwand, Standöl bis 15,00, Delle, bis 8,50, Spirituskocher, lauten Borowick, Osnabrückstraße 6, Rottbuser Damm 66. 2641b*

Verkauf Mandolinenspiel, Gitarren- spiel, Spezialität Dreimonatsturne zur perfekten Ausbildung, 6- Monats- honorar, auf Wunsch auch in kürzerer Zeit. Zeitinstrumente billig. Klavier, Violoncello, Mandoline, Säge, überd. Ernst, Dramenstraße 168. 203/6*

Verkauf Algebra, Mathematik für Re- chner, Kaval., Rechenlehre. H. B. Müller, Einführungs-Extrakursus. 203/6*

Verschiedenes

Verkauf Darlehn, 6 Prozent Zinsrid- gung, auf Hypothekendeckung 5 Pro- zent, mit Bankverein Charlotten- burg, Wilmersdorferstraße 163. 261/2*

Verkauf Kautschukerlei Große Frankfurter- straße 67. 638*

Verkauf Zehnfuhrwerk, Einpänner und Zweipänner, jede Arbeit, führt prompt aus Hirschfeld, Landwehr- straße 51, Alexander 1127. 2778*

Verkauf Deutsche Borer-Händin, nieder, dunkel, schwachgestreift, Stenoma- tie Offenbach a. M., entlaufen, gegen 50 Mark Belohnung abgegeben bei Reubronner, Wilmersdorf, Gledel- straße 24. Hülb. 6472. 57/7*

Vermietungen

Verkauf Wohnungen sofort Georgen- straße 63. 57/6

Schlafstellen

Verkauf Möblierte Schlafstelle, Dres- denerstraße 111, vorn I, Aufgang I, Landgraf. 56/7*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Verkauf Bader sofort gesucht. Redungen zwischen 10-12 Uhr normittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/24. 246/5*

Verkauf Hausdiener sofort gesucht. Red- dungen zwischen 10-12 Uhr nor- mittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/24. 246/5*

Verkauf Zahntechniker-Zehling gegen Ver- gütung sucht Hildebrandt, Baum- straße 26. 246/5*

Verkauf Schloßer auf Müllarbeit ver- langt Ed. Puls, Tempelhof. 2738*

Verkauf Monteur werden sofort gesucht. Berliner Fern-Telephon-Gesellschaft m. b. H., Rosenhainstraße 40, Auf- gang V, 3. Et. 2788*

Verkauf Einen Zwei- und Dreimonatsturne ver- langt sofort Blumenstraße, Unter den Linden 59. 2798*

Verkauf Hausdiener und Bader aus der Provinz, tüchtige, auch Kriegsbe- schädigte, sucht Damenanzugsfabrik Herz u. Meyer, Kronenstraße 24. 246/5*

Verkauf Kreiszeichner auf Vorn oder Eisenbahn gesucht. Buchholz, Neue Friedrichstraße 48. 56/8

